

06.05



# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Ernährungswende: Forschung plus Praxiswissen**  
**Umweltverbände befürchten Öko-Rollback**  
**Agro-Gentechnik: Keine Jobmaschine**  
**Aufklärung über Flächenverbrauch**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik  
auf Bundesebene  
Jahrgang 11 (2005), Heft 06  
ISSN 1861-0048

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),  
Deborah Bernsdorf (db)  
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-82  
eMail: [matthias.bauer@dnr.de](mailto:matthias.bauer@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-  
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion behält  
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für  
unverlangt eingesandtes Material keine  
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion/des Herausgebers wieder.  
Redaktionsschluss: 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

### Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-  
umweltministerium gefördert. Die Förderer  
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-  
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der  
Angaben sowie für die Beachtung der  
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen  
der Förderer übereinstimmen.

## Ernährungswende - aber wie?

### Liebe Leser und Leserinnen,

täglich erreichen uns Nachrichten über gesundheitsgefährdende Stoffe in Lebensmitteln, das Auftreten von Tierseuchen oder die Zunahme von Fettleibigkeit bei Kindern. Gleichzeitig vernehmen wir Botschaften über "richtiges" Essen, beispielsweise dass Obst und Gemüse das Immunsystem stärken oder dass Bio "einfach besser" sei.

An solchen konkreten gesellschaftlichen Problemen setzt der neue Forschungstyp "sozial-ökologische Forschung" an - mit dem Hauptaugenmerk auf Nachhaltigkeitsfragen. Lösungsvorschläge für gesellschaftliche Probleme werden entwickelt, indem wissenschaftliche Erkenntnisse aus unterschiedlichen Disziplinen mit Praxiswissen zusammengeführt werden.

Ein wichtiges Vorhaben im Rahmen dieser neuen Forschungsrichtung ist das Projekt "Ernährungswende" aus dem 2002 vom Bundesbildungsministerium aufgelegten Förderschwerpunkt "Langfriststrategien für einen nachhaltigen Konsum". Auch DNR-Mitgliedsorganisationen sind daran beteiligt, diesen neuen Forschungstyp mit Leben zu füllen. Das Katalyse-Institut und seine Partner stellen sich seit drei Jahren der Herausforderung, die Vision einer nachhaltigen und gesünderen Ernährung konkreter zu machen.

Ernährung ist in den letzten Jahrzehnten intensiv unter dem Gesichtspunkt der Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen diskutiert worden. Die Auseinandersetzung mit Schadstoffbelastung in Lebensmitteln ist auch ein klassisches Thema des Katalyse-Instituts (sicher bekannt durch seinen Klassiker "Chemie in Lebensmitteln", der von 1981 bis 1998 in vielen Neuauflagen erschien). Im Projekt Ernährungswende geht es aber darum, den Zugang über Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen zugunsten einer integrierten Perspektive zu überwinden, d.h. bei der Auseinandersetzung mit Ernährung die unterschiedlichen Dimensionen der Nachhaltigkeit (Umwelt, Soziales, Ökonomie) zu berücksichtigen. Und vor allem sollen auch Handlungsmöglichkeiten für eine Ernährungswende aufgezeigt und entsprechende Strategien entwickelt werden.

Aktuelle Fragen und Trends, die die Öffentlichkeit und auch die verantwortlichen

Politiker bewegen, werden vom Projekt Ernährungswende aufgegriffen:

- Was wissen die Konsument/innen eigentlich über die moderne Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung?
- Können Qualität und Risiko von Lebensmitteln bei der großen Vielfalt und komplexen Zusammensetzung von Konsument/innen überhaupt beurteilt werden?
- Liegt die Zukunft in Außer-Haus-Ernährung und Convenience-Produkten und wird selbst Kochen bald zur Ausnahme?

Dazu ist zunächst ein übergreifendes Verständnis der gesellschaftlichen Ernährungsverhältnisse nötig. Ernährung soll nicht nur unter Umwelt- und Gesundheitsaspekten erklärt werden, es soll auch verständlich werden, wie Ernährungshandeln durch strukturelle und symbolische Fragen beeinflusst wird. Dazu untersuchen wir in vier Forschungsmodulen:

- das ernährungsbezogene Alltagshandeln
- die Energie- und Ressourcenflüsse auf der stofflichen Ebene
- den Außer-Haus-Verzehr in Schulen
- die öffentliche Ernährungskommunikation im Kontext des Politikfeldes Ernährung

Die empirischen Untersuchungen für die vier Module sind inzwischen abgeschlossen, die Ergebnisse werden derzeit zusammengeführt. In einer der nächsten Ausgaben des Deutschland-Rundbriefes werden wir über die Strategien berichten, die daraus entwickelt wurden.

► Wir möchten einen Austausch anregen zwischen den Mitgliedsverbänden, die zum Thema Ernährung und Landwirtschaft arbeiten. Eine verbandsübergreifende Kooperation kann eine Basis dafür schaffen, dass der DNR als größter Verband von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Umweltbereich das Thema nachhaltige Ernährung besetzt.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre dieser Ausgabe.

Regine Rehaag, Vorstand Katalyse-Institut, Leiterin des Forschungsmoduls Ernährung und Öffentlichkeit

### Das Ernährungswende-Projekt

"Ernährungswende - Strategien für sozial-ökologische Transformationen im gesellschaftlichen Handlungsfeld Umwelt - Ernährung - Gesundheit" ist ein Gemeinschaftsprojekt des Forschungsverbundes Ökoforum unter der Leitung des Öko-Instituts. Beteiligt sind folgende Verbundpartner:

- Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
- Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)
- Katalyse-Institut für angewandte Umweltforschung
- Öko-Institut e.V. - Institut für angewandte Ökologie
- Österreichisches Ökologie-Institut für angewandte Umweltforschung

Nähere Informationen zum Forschungsvorhaben finden Sie auf der Internetseite des Projekts: [www.ernaehrungswende.de](http://www.ernaehrungswende.de)

Das Projekt wird im Rahmen des Förderschwerpunkts "Sozial-ökologische Forschung" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Katalyse-Institut für angewandte Umweltforschung, Regine Rehaag, Remigiusstr. 21, 50937 Köln  
Tel. 0221 / 944048-0, Fax -9  
eMail: [rehaag@katalyse.de](mailto:rehaag@katalyse.de)  
[www.ernaehrungswende.de](http://www.ernaehrungswende.de)

## 2 Impressum

### 3 Editorial

- Ernährungswende - aber wie?

### 5 Verbände, Umweltbewegung

- Verbände befürchten Öko-Rollback

### 6 Abfall, Chemie, Emissionen

- Bundesrat lehnt Umgebungslärmrichtlinie ab
- Abfallpläne ohne Umweltprüfung
- Mittelstand protestiert gegen REACH

### 8 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Mehr Geld für ländliche Entwicklung
- Landwirte sollen Energie erzeugen
- Neues Futtermittelrecht
- Aktionstag: Tag der Regionen 2005
- Projekt "Green Electronics" gestartet
- Lesenswert

### 11 Energie, Klima

- Energiepass für Gebäude ab 2006
- Solarpreise 2005
- Ökobilanz von Bio-Ethanol umstritten
- Union will Atomausstieg verlängern
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

### 14 Gentechnik

- Erstmals Gen-Mais zugelassen
- Gentechnikgesetz auf Eis gelegt
- Keine Garantie für gentechnikfreies Maissaatgut in Deutschland
- Agro-Gentechnik keine Jobmaschine
- Kurzmeldungen

### 17 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik

- Grenzen des Wachstums erreicht?
- Zukunftspreis Nachhaltigkeit
- Lesenswert/Sehenswert: Flächenverbrauch stoppen

### 19 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Kranichjagd in Naturschutzgebiet
- Waldzustand öffentlich debattiert
- Schmetterlinge stark gefährdet
- Tierschutzbericht 2005
- Lesenswert

### 21 Verkehr, Tourismus

- DB bietet "Umwelt-BahnCard" an
- Abgabe auf Flugtickets
- Kurzmeldungen

### 22 Wasser

- Bayern plant Donau-Ausbau
- Kritik an Elbe-Bauarbeiten

### 23 Service

- Termine, Umweltsendungen, Informationsquellen, Diskussionsforen Inhalt EU-Rundschreiben

### Sonderbeilage

- WRRL-Info 10: Informationen zur EU-Wasserrahmenrichtlinie (Mittelseiten)

## Verbände befürchten Rückschritte in Umweltpolitik

### Stopp für Agrarwende und Koexistenz in der Agro-Gentechnik?

Nach der angekündigten Neuwahl zum Deutschen Bundestag haben Umweltverbände die Sorge geäußert, dass es "Rückschritte" in der Umweltpolitik geben könne. Bei einer anderen politischen Konstellation könnten nach Auffassung des BUND positive Entwicklungen im Natur- und Umweltschutz sowie in der Energie- und Agrarpolitik zurückgenommen werden. Auch in der Gentechnik sei mit einer Forcierung des Einsatzes genveränderter Produkte zu rechnen.

Der DNR befürchtet vor allem bei der Atomkraft ein Rollback. Präsident Hubert Weinzierl warf der Kanzlerkandidatin von CDU/CSU Angela Merkel vor, sie plane den Wiedereinstieg in die Atomkraft. Gleichzeitig wolle sie den Durchbruch der erneuerbaren Energien stoppen. Die Anti-Atom-Initiative X-tausendmal quer kündigte für den Fall eines Regierungswechsels eine neue Kampagne an. Unter dem Motto "ausgestrahlt - Gemeinsam gegen ein Comeback der Atomenergie" wollen die Atomkraftgegner die Bewegung wieder mobilisieren. Ziel sei es, nach der Wahl so stark zu sein, dass man sich mit dem jeweiligen Gewinner anlegen könne, so ein Sprecher von X-tausendmal quer.

### BUND: Zwei Millionen Arbeitsplätze im Umwelt- und Naturschutz möglich

Der BUND widersprach erneut dem Argument von Oppositionspolitikern, Umweltschutz zerstöre Arbeitsplätze. Im Gegenteil würden bereits heute eineinhalb Millionen Menschen im Natur- und Umweltschutz arbeiten. Wenn sich eine künftige Regierung dazu durchringe, Arbeit und Umwelt stärker miteinander zu verknüpfen, könnte eine halbe Million Arbeitsplätze dazu kommen. Die größten Potenziale sieht der BUND in der Energie- und Verkehrsbranche. Hier seien dreistellige Zuwachsraten möglich, sagte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt. In der Bio-Landwirtschaft, dem Öko-Tourismus und im Naturschutz könnten ebenfalls tausende neue Jobs entstehen.

### Werden zahlreiche BMU-Gesetzestexte bald Makulatur?

Das Gentechnikgesetz befindet sich zurzeit im Vermittlungsausschuss (DRB 06.05, S. 15). Was aus der Gesetzesno-

velle von Verbraucherministerin Renate Künast wird, ist ungewiss. Ebenso ungewiss ist die Zukunft vieler weiterer Gesetzestexte, die in den vergangenen Monaten und Jahren erarbeitet wurden. Nach Recherchen der Tageszeitung taz liegen zahlreiche Gesetzentwürfe der rot-grünen Koalition, die eigentlich noch Bundestag und Bundesrat passieren müssten, in den Schubladen. Allein im Bundesumweltministerium sind es nach Angaben der Zeitung 32 Gesetze.

Demnach dürfte die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung ebenso auf der Strecke bleiben wie das Energieeffizienzgesetz oder der Gebäude-Energiepass. Fraglich ist auch, ob das Bundeswaldgesetz, das Urwaldgesetz oder das neue Bundesjagdgesetz noch verabschiedet werden. In allen Fällen gibt es jeweils eine mächtige Lobby, die von den geplanten Novellen nicht begeistert ist. Auch ein zweites Hochwassergesetz wird es vor der Wahl wohl nicht mehr geben. Die Nachbesserungen seien noch nicht einmal abgestimmt, hieß es in der taz. ■

Autorin: Marion Busch, DNR-Redaktionsbüro Berlin

### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: info@dnr.de  
www.dnr.de

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: bund@bund.net  
www.bund.net

X-tausendmal quer, Schwebelstr. 6, 24118 Kiel  
Tel. 0431 / 21088-21, Fax -22  
eMail: info@x1000malquer.de  
www.x1000malquer.de

## Debatte über Konsum und Lebensstil

### 1500 Teilnehmer/innen bei Kongress "McPlanet.com 2" in Hamburg

Kritik an der Konsumgesellschaft war das beherrschende Thema auf dem zweiten Kongress "McPlanet.com" von BUND, Greenpeace und Attac Anfang Juni an der Universität Hamburg. 1.500 Teilnehmer/innen aus Deutschland und 18 weiteren Ländern debattierten außerdem über Themen wie Regenwaldschutz, Klimawandel oder Weltbankpolitik. Nach dem Kongress vor zwei Jahren in Berlin vor allem zu Themen wie Finanzsysteme und Wirtschaftsordnung dominierte in Hamburg die Umwelt- und Lebensstildebatte.

Die Verbraucher müssten "raus aus der Opferrolle", forderte Greenpeace-Gentechnikexperte Stefan Flothmann. "Die Menschen müssen merken, dass man auf Unternehmen Druck machen kann." Die Verbraucher/innen hätten große Macht, bestätigte Johannes Merck vom Otto-Versand: "Erst die 'Kampagne für saubere Kleidung' hat bei uns Bewusstsein geschaffen, dass mit den Arbeitsbedingungen unserer Zulieferer etwas falsch läuft."

### Bedingungen für erfolgreichen Protest

Beim Thema "Macht und Ohnmacht des Konsumenten" wurden die Bedingungen für erfolgreichen Protest herausgearbeitet: Es brauche ein gewichtiges Thema, der Branchenführer müsse angegriffen werden, es brauche einen breiten gesellschaftlichen Konsens zum Thema, Alternativen, Zwischenerfolge und attraktive Bilder für die Medien. Eine neue starke Protestbewegung wurde für den Fall vorausgesagt, dass eine neue Bundesregierung die AKW-Laufzeiten verlängert.

Sven Giegold vom Attac-Koordinierungskreis warb für eine starke Allianz aus Gesellschaftskritikern und Umweltschützern. Bisher hätten die Umweltverbände zu wenig zur Debatte um den Umbau des Sozialstaats beigetragen. Neoliberalismus und Ökologie seien unvereinbar. (mb) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: info@bund.net  
www.mcplanet.com

## Lärmkarten in Europa ab 2007 - nicht in Deutschland?

### EU-Umgebungslärmrichtlinie stößt auf Widerstand

Seit rund zehn Jahren findet jedes Jahr der Tag gegen Lärm statt - dieses Mal am 20. April. Lärm ist umwelt- und gesundheitsschädlich und verschlingt gewaltige Geldsummen für die Folgekosten. Millionen Menschen in Europa leiden unter Krach und den typischen Erkrankungen: Schlafstörungen, Konzentrationsprobleme, Stress, Tinnitus, Schwerhörigkeit, erhöhtes Infarktrisiko und andere Herzkreislauf-Beschwerden. Hörstörungen gehören inzwischen zu den häufigsten Berufskrankheiten. Hinzu kommen Umsatzeinbußen im Tourismus sowie Wertminderung von Immobilien. Die EU-Kommission beziffert den volkswirtschaftlichen Schaden durch diese Folgekosten allein für Deutschland auf mindestens 4 Milliarden Euro pro Jahr.

Die EU-Umgebungslärmrichtlinie legt fest, dass die Mitgliedstaaten für Ballungsräume mit mehr als 250.000 Einwohner/innen bis spätestens Juni 2007 Lärmkarten und spätestens im Juli 2008 Maßnahmenpakete zur Lärminderung vorzulegen haben (siehe Kasten). Bis zum 18. Juli 2004 hätte die Richtlinie eigentlich umgesetzt sein müssen. Doch in Deutschland scheidet die Verabschiedung zur Zeit am Bundesrat. Die Länder lehnen die Vorgaben als zu weitgehend ab, die Entscheidung im Vermittlungsausschuss wurde am 11. Mai zum wiederholten Male vertagt (auf den 15. Juni).

### Forderungen der Umweltverbände

Jeder sechste Deutsche leidet nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Akustik unter Dauerschallpegeln von über 65 Dezibel durch Straßenlärm - der Hauptlärmquelle. Ab diesem Wert steige das Herzinfarktrisiko um 20 Prozent. Der Verkehrsclub Deutschland fordert deshalb, Lkw-Maut und Kraftfahrzeugsteuer nicht nur nach Schadstoff-, sondern auch nach Geräuschemissionsklassen zu staffeln. Der BUND setzt sich für Geschwindigkeitsbegrenzungen an belasteten Straßen und schärfere Lärmgrenzwerte für alle Fahrzeugtypen ein.

### Soziale Ungerechtigkeiten

Die sozial und geschlechtsspezifisch ungleiche Verteilung von Lärmbelastungen und -wirkungen sind bislang unzureichend

erfasst und bei der Festlegung von Grenzwerten zu wenig berücksichtigt worden, so eine Studie der Leitstelle für Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit<sup>1</sup>. Säuglinge in ihrer Entwicklungsphase seien durch Lärm deutlich benachteiligt, auch die kognitive Leistungsfähigkeit von Schulkindern werde eingeschränkt. Schwangere, Kranke oder ältere Menschen seien besonders schutzbedürftig gegenüber Lärm. Ständigem Lärm ausgesetzte Männer seien besonders herzfunktgefährdet (Risiko steigt um 30 %). Potenziell Ärmere wie allein Erziehende (meist Frauen) oder Familien mit Kindern lebten häufiger in belärmten und daher preisgünstigeren Wohnlagen. Schlafstörungen und Erholungsdefizite können sich wiederum in geringerer Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz oder in der Schule niederschlagen. Ein sozialer Aufstieg oder die Überwindung von sozialen Schwächen seien demzufolge noch schwieriger.

### Auswirkungen von Lärm auf Tiere

Nicht nur Menschen leiden unter Lärm, auch Tiere reagieren bei Lärm mit Veränderungen an Organen und Systemen (Hormone, Kreislauf, Verdauung, Immunsystem, Fortpflanzung, Verhalten...), so die Fachstelle Lärmschutz des Kantons Zürich in einer Studie 2003. Vögel verlassen ihre Brut, ihre Verpaarungsrate ist geringer, viele lassen aber auch ihr Leben an Lärmschutzwänden. Wildtiere meiden Straßen oder fliehen vor plötzlichem Lärm, was den Stress erhöht. Teilweise gewöhnen sich Tiere aber auch an Lärm - so leben Kaninchen scheinbar ungestört neben Flugbahnen oder in Bahndämmen.

### Nationale und WHO-Grenzwerte

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung beschreibt als Grenzwerte für die nächtliche Lärmbelastung im Außenbereich 55 Dezibel angestrebt, die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt nachts 45 Dezibel. Für Ältere und Schwangere werden geringere Grenzwerte empfohlen. Neben Lärm reduzierenden Techniken sind vor allen Dingen politische Entscheidungen gefragt. In puncto Lärmschutz gibt es also noch viel zu tun. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

<sup>1</sup> genanet-Studie: "Genderaspekte im Bereich Immissionsschutz: Luftverschmutzung und Lärmbelastungen" von Dr. Kathrin Buchholz im Internet: [www.genanet.de/fileadmin/downloads/Studien/gena5\\_3\\_Immissionsschutz.pdf](http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Studien/gena5_3_Immissionsschutz.pdf)

## Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm

### Strategische Lärmkarten:

- Bis 30.06.2005 und danach alle fünf Jahre müssen Hauptverkehrsstraßen mit einem Verkehrsaufkommen von über sechs Millionen Kraftfahrzeugen pro Jahr, Haupteisenbahnstrecken mit einem Verkehrsaufkommen von über 60.000 Zügen pro Jahr, Großflughäfen und Ballungsräume mit mehr als 250.000 Einwohner/innen mitgeteilt werden
- Bis 18.07.2005 müssen die Mitgliedstaaten bestimmen haben, welche Behörden/Organe für die Erstellung und/oder Genehmigung von strategischen Lärmkarten verantwortlich sind
- Bis 30.06.2007 müssen für die genannten Ballungsräume strategische Lärmkarten erstellt werden
- Bis 31.12.2008 müssen Ballungsräume bis 100.000 Einwohner/innen sowie sämtliche Hauptverkehrsstraßen und Haupteisenbahnstrecken in ihrem Hoheitsgebiet mitgeteilt werden; für diese Ballungsräume müssen bis 30.06.2012 und danach alle fünf Jahre Lärmkarten erstellt werden

### Aktionspläne:

- Bis zum 18.07.2008 müssen Aktionspläne für die Hauptverkehrsstraßen mit einem Verkehrsaufkommen von über 6 Mio. Kraftfahrzeugen pro Jahr, für die Haupteisenbahnstrecken mit einem Verkehrsaufkommen von über 60.000 Zügen pro Jahr, die Großflughäfen und die Ballungsräume mit mehr als 250.000 Einwohnern ausgearbeitet werden.
- Bis 18.07.2013 müssen Aktionspläne für die Gesamtheit der großen Ballungsräume, Großflughäfen, Hauptverkehrsstraßen und Haupteisenbahnstrecken ausgearbeitet werden.

Die strategischen Lärmkarten und Aktionspläne müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. <sup>2</sup>

<sup>2</sup> <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l21180.htm>

## • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD),  
Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-12, Fax -10  
eMail: presse@vcd.org  
www.vcd.org

Bund für Umwelt und Naturschutz  
(BUND), Tilmann Heuser, verkehrspoli-  
tischer Referent, Am Köllnischen Park  
1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 27586-435  
eMail: tilmann.heuser@bund.net  
[http://vorort.bund.net/verkehr/themen/  
themen\\_5/themen\\_7.htm](http://vorort.bund.net/verkehr/themen/themen_5/themen_7.htm)  
www.bundgegenlaerm.de

Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit  
und Nachhaltigkeit (genanet), Hohen-  
staufenstr. 8, 60327 Frankfurt/M.  
Tel. 069 / 740-757, Fax -842  
eMail: leitstelle@genanet.de  
www.genanet.de

Lärmauswirkungen auf einzelne Tiere:  
[www.laerm.zh.ch/fals/3-wissen/  
laermstudien/laerm\\_und\\_tiere/  
pdf/tab-laerm-tiere.pdf](http://www.laerm.zh.ch/fals/3-wissen/laermstudien/laerm_und_tiere/pdf/tab-laerm-tiere.pdf)

### Quellen:

[www.bayern.de/lfu/laerm/  
veroeffentlichungen/  
eu\\_umgebungs\\_rl.pdf](http://www.bayern.de/lfu/laerm/veroeffentlichungen/eu_umgebungs_rl.pdf)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/  
artikel/0504/20-tag-gegen-laerm-zwei](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/artikel/0504/20-tag-gegen-laerm-zwei)  
[www.heute.de/ZDFheute/inhalt/24/  
0,3672,2289496,00.html](http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/24/0,3672,2289496,00.html)

## Länder schwächen EU-Rechtsvorgaben

### Abfallwirtschaftspläne ohne Strategische Umweltprüfung (SUP)

Der Vermittlungsausschuss von Bundes-  
tag und Bundesrat hat sich im Mai auf die  
Einführung einer Strategischen Umwelt-  
prüfung und auf die Umsetzung der Richt-  
linie 2001/42/EG (SUPG) geeinigt. Die Ei-  
nigung sieht unter anderem vor, dass die  
Abfallwirtschaft aus dem Regelungsbe-  
reich des "SUP-Verfahrens nach Maßgabe  
des Landesrechts" herausgenommen  
wird. Bei den Abfallwirtschaftsplänen nach  
dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz  
setzte sich der Bundesrat mit seiner Mei-  
nung durch, dass die Verpflichtung zur  
Durchführung einer Strategischen Um-  
weltprüfung vom jeweiligen Planinhalt ab-  
hänge und demzufolge nicht zwingend  
vorgeschrieben werden könne.

### Bundestag muss noch zustimmen

Der Vermittlungsvorschlag bedarf der  
Bestätigung durch den Deutschen Bun-  
destag. Erst im Anschluss daran kann der  
Bundesrat über das geänderte Gesetz als  
Ganzes abstimmen. Dem Gesetz muss der  
Bundesrat zustimmen. (du)

## • Weitere Informationen

Bundesrat, Leipziger Straße 3-4,  
10117 Berlin  
Tel. 01888 / 9100-251, Fax -400  
www.bundesrat.de

## Mittelständische Firmen gegen EU-Chemikalienreform

### Umweltverbände: REACH bedeutet vor allem Chancen, nicht nur Kosten

Auf einer Demonstration in Berlin haben  
Mitarbeiter/innen kleiner und mittelständi-  
scher Unternehmen gegen die neue EU-  
Chemikalienrichtlinie REACH (Registrie-  
rung von Chemikalien) protestiert. Der  
Protest ist nach Ansicht der Verbände  
DNR, BUND, NABU, WWF und WECF (Wo-  
men in Europe for a Common Future) auf  
Missinterpretationen der derzeitigen Ge-  
setzesvorlagen zurückzuführen. Die Richt-  
linie bringe nicht nur Nachteile mit sich,  
sondern auch Nutzen. Die Befürchtung  
des Mittelstandes, REACH führe zu hohen  
Kosten, sei nicht richtig. Tatsächlich könn-  
ten gerade kleine und mittelständische  
Unternehmen auf die Sicherheitsdaten  
größerer Hersteller zurückgreifen. Durch  
eine gemeinsame Datenregistrierung für  
gleiche Stoffe, die von mehreren EU-Mit-  
gliedstaaten vorgeschlagen wurde, könn-  
ten Kosten weiter reduziert werden.

Patricia Cameron, Chemikalienexpertin des  
BUND, erklärte: "REACH wird den europäi-  
schen Weiterverarbeitern von Chemikalien  
einen enormen Wettbewerbsvorteil und  
wieder mehr Kundenvertrauen verschaf-  
fen. Ihre Produkte werden ein Gütesiegel  
für umwelt- und gesundheitsverträgliche  
Chemikalien ‚Made in Europe‘ tragen kön-  
nen." Karl Wagner, Leiter der Chemika-  
lienkampagne beim WWF, wies darauf hin,  
dass die Pflicht zur Registrierung der  
Chemikalien hauptsächlich bei den Che-  
mieproduzenten bzw. Importeuren und  
nicht bei der verarbeitenden Industrie lie-  
ge. Mit REACH könnten zudem durch bes-  
sere Informationen über Umwelt- und Ge-  
sundheitsgefahren 18 bis 54 Milliarden  
Euro Gesundheitskosten für Arbeitnehmer  
in den nächsten 30 Jahren eingespart  
werden. Dies bestätigt eine von der EU-  
Kommission in Auftrag gegebene Studie.  
(db) ■

## • Weitere Informationen

BUND, Chemikalienexpertin Patricia  
Cameron, Am Köllnischen Park 1,  
10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-26, Fax -40  
eMail: patricia.cameron@bund.net  
www.bundgegengift.de

## **Ländliche Entwicklung im Einklang mit Naturschutz**

### **Umweltverbände wollen mehr Geld zur Förderung des ländlichen Raums**

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) und der NABU haben zusammen mit Euronatur, WWF und BUND in einem Positionspapier ihre Prioritäten für eine zukünftige ländliche Entwicklungspolitik in Deutschland formuliert. Anlass dafür sind die nationalen Strategiepläne zur Förderung der ländlichen Entwicklung von 2007 bis 2013, die von den EU-Mitgliedstaaten erstellt werden müssen. Die Umweltverbände appellierten an Bund und Länder, die Strategie zügig zu erarbeiten und mit Wirtschafts-, Sozial- und Umweltakteuren zu kooperieren.

Sie sprachen sich für einen finanziellen Ausbau der Förderpolitik für den ländlichen Raum aus. Nur so könnten die Ziele erreicht werden, die im Strategieplan festgeschrieben werden sollen. Ihrer Ansicht nach ist der Strategieplan ein wichtiges Instrument, um eine nachhaltige ländliche Entwicklung im Einklang mit Mensch und Natur voranzubringen und damit der Wirtschaft und der Biodiversität zu dienen.

### **Strategie soll Verlust der biologischen Vielfalt stoppen**

Die neue ländliche Entwicklungspolitik muss nach Ansicht des DVL dazu führen, dass rechtliche Vorgaben und internationale Verpflichtungen des Naturschutzes, z.B. Natura 2000 oder die Rio-Konvention zur biologischen Vielfalt, gemeinsam mit den Landnutzern effizient umgesetzt werden. Deshalb müsse der anhaltende Verlust der biologischen Vielfalt als zentrales Thema der ländlichen Entwicklung in die nationale Strategie aufgenommen werden. Das heißt beispielsweise, dass Ausgleichszahlungen für Landnutzer in Natura-2000-Gebieten sowie der Vertragsnaturschutz ausgebaut werden sollen. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL), Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach  
Tel. 0981 / 4653-3544, Fax -3550  
eMail: [bluemlein@lpv.de](mailto:bluemlein@lpv.de)  
[www.lpv.de](http://www.lpv.de)

Naturschutzbund (NABU), Agrarreferent Florian Schöne, Invalidenstr. 112,

10115 Berlin  
Tel. 030 / 284984-26, Fax -84  
eMail: [florian.schoene@nabu.de](mailto:florian.schoene@nabu.de)  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)

Positionspapier "Anforderungen an die bundesdeutsche Strategie zur ländlichen Entwicklung 2007-2013":  
[www.lpv.de](http://www.lpv.de) oder [www.nabu.de](http://www.nabu.de)

## **Biogas aus Energiepflanzen**

### **Werbekampagne "Vom Landwirt zum Energiewirt"**

Mit einer Informationskampagne will die VRD Energie Stiftung in Mannheim Bauern motivieren, sich mit der Energieproduktion ein zusätzliches Standbein zu schaffen. In den kommenden Wochen verteilt die Stiftung für die ersten 8.000 Besteller kostenlose DVD mit Begleitheften, in denen der Umstellungsprozess beschrieben wird, den interessierte Landwirte vor sich haben. Danach kostet das Infopaket 24,- Euro plus Versandkosten.

Am Beispiel einer Pilotanlage in Niedersachsen wird eine neue Technologie präsentiert, die ausschließlich mit Energiepflanzen betrieben wird. Das heißt, dass künftig auch reine Ackerbaubetriebe Energie in Form von Biogas erzeugen können. Das neue System ermöglicht nach Angaben des Betreibers zwei Ernten pro Jahr bei minimalem Pestizideinsatz und ohne Mineraldünger. Dadurch könnten Monokulturen verhindert und Artenvielfalt erhalten werden. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

VRD Energie Stiftung, Claudia Weisflog, Q5 14-22, 68161 Mannheim  
Tel. 0621 / 1590177  
[www.vrd-energie-stiftung.de](http://www.vrd-energie-stiftung.de)

Medienpaket für Landwirte (DVD und Begleitheft):  
[www.kampagne.fechnermedia.de](http://www.kampagne.fechnermedia.de)

## Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel

### Studie: Lebensmittelskandale meist auf Tierfutter zurückzuführen

Ende April hat die Bundesregierung dem Entwurf für ein Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel zugestimmt. Damit hätten die Bundesländer klare und einheitliche Kriterien für die unverzügliche Warnung bei einer akuten und ernsten Gesundheitsgefahr zur Verfügung, sagte Bundesverbraucherministerin Renate Künast. Das Schnellwarnsystem ist ein Kernelement der europäischen Vorsorgemaßnahmen für Lebens- und Futtermittelsicherheit. Der jüngste Skandal um den Bt10-Mais ist laut Künast nur ein Beispiel dafür, wie wichtig die schnelle gegenseitige Information über schwerwiegende Vorfälle bei Lebens- und Futtermitteln ist.

Der Verbraucherorganisation Foodwatch reicht das neue Schnellwarnsystem jedoch nicht aus. Eine neue Studie der Organisation belegt, dass 80 Prozent der vom Menschen aufgenommenen Krebs erregenden Dioxine über Futtermittel in die Lebensmittelkette gelangen. Größter Schwachpunkt ist dabei laut Foodwatch die Kontroll- und Überwachungspraxis. Die Autoren der Studie wiesen nach, dass z. B. für 2003 von 9 Millionen Tonnen Importfutter lediglich 589 Proben dokumentiert worden waren. Das bedeutet, dass nur jede 600. Lkw-Ladung erfasst wurde.

### EU will Grenzwerte für Dioxin erhöhen

Statt schärfere Grenzwerte einzuführen, wolle die EU sogar höhere Dioxinwerte in Futtermitteln zulassen. Dagegen setze sich die Ministerin nicht entschieden genug ein, so Foodwatch. Eine Sprecherin von Künast wies den Vorwurf zurück. Futtermittelkontrolle sei Ländersache, das Verbraucherministerium könne nur den Rahmen vorgeben. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin  
Tel. 030-28093995, Fax -24047626  
eMail: [info@foodwatch.de](mailto:info@foodwatch.de)  
[www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

## Regionale Lebensmittel für genussvolle Speisen

### Tag der Regionen 2005 unter dem Motto "Kurze Wege - langer Genuss"

Der bundesweite Aktionstag Tag der Regionen will in diesem Jahr verstärkt für den Verzehr regionaler Produkte werben. Die Organisatoren weisen darauf hin, dass Obst und Gemüse, das auf kurzen Wegen in die Läden und auf den Tisch kommt, in Ruhe gereift und dadurch spürbar frischer und schmackhafter sei.

### Deutsche haben teuerste Küchen, aber billigstes Essen

Wer naturnahe Produkte ohne Chemie und ohne gentechnische Veränderungen wolle, müsse regionale Strukturen durch Einkäufe stärken, appellierte das Aktionsbündnis an die Verbraucher. Qualität für den Gaumen habe wie alle Qualitätsprodukte ihren Preis. Nach Angaben des Bündnisses leisten sich die Deutschen im europäischen Vergleich zwar die teuersten Kücheneinrichtungen, verarbeiten darin aber die billigsten Nahrungsmittel.

Die Aktionen finden vom 24. September bis zum 9. Oktober statt. Kerntag ist das Erntedankfest am 2. Oktober. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Aktionsbündnis Tag der Regionen, Koordinationsbüro Nord, Zur Specke 4, 34434 Borgentreich  
Tel. 05643 / 94-8537, Fax -8803  
eMail: [bund-nord@tag-der-regionen.de](mailto:bund-nord@tag-der-regionen.de)

Aktionsbündnis Tag der Regionen, Koordinationsbüro Süd, Museumstr. 1, 91555 Feuchtwangen  
Tel. 09852-1381, Fax -615291  
eMail: [bund-sued@tag-der-regionen.de](mailto:bund-sued@tag-der-regionen.de)  
[www.tag-der-regionen.de](http://www.tag-der-regionen.de)

## Elektroschrott schon jetzt vermeiden

### "Green Electronics" gibt Anregung für den Kauf umweltfreundlicher Geräte

Ende April hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) das Projekt "Green Electronics" gestartet. Einen Monat nach Inkrafttreten des Elektroschrott-Gesetzes bietet das neue Internetportal Informationen und Tipps für Verbraucher/innen und Geschäftskund/innen sowie für Kommunen, Hersteller und Händler. Gefördert wird das Projekt von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.

Bis die Sammlung ausrangierter Elektrogeräte im März 2006 offiziell beginnt, ist noch viel zu tun: Kommunen und Industrie müssen die notwendige Infrastruktur für eine umweltgerechte und verbraucherfreundliche Entsorgung bereitstellen. Die Gerätehersteller müssen zudem die Produktion auf die ab Juli 2006 für einige Schwermetalle und Flammschutzmittel geltenden Verbote umstellen. Die Verbraucher sind erst ab März 2006 in der Pflicht. An diesem Tag beginnt die kostenfreie Rücknahme von Elektro-Altgeräten in den kommunalen Sammelstellen.

Beim Einkauf kann jeder bereits jetzt etwas tun. "Green Electronics" bietet Anregungen für den Kauf von umweltgerechten Elektrogeräten. Außerdem wird dort auf beispielhafte kommunale Initiativen und soziale Projekte zur Wiederverwendung von gebrauchsfähigen Altgeräten und Bauteilen aufmerksam gemacht. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe, Projektleiterin Kreislaufwirtschaft Eva Leonhardt, Hackscher Markt 4, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19  
eMail: [leonhardt@duh.de](mailto:leonhardt@duh.de)  
[www.duh.de](http://www.duh.de)  
[www.green-electronics.info](http://www.green-electronics.info)

## Lesenswert

### Der Ökokolonialismus Europas

In seinem neuen Buch wagt es der Zoologe und Professor für Naturschutz Josef Reichholf dem Mythos vom "gesunden Land" und der "verderbten Stadt" zu widersprechen. Streng wissenschaftlich enthüllt er den nach seinen Recherchen erheblichen Einfluss der Landwirtschaft, vor allem der Rinderzucht, auf Umweltzerstörung und Klimaerwärmung. Der Autor belegt mit Zahlen das aus dem Gleichgewicht geratene Verhältnis zwischen Menschen und Huftieren. So leben nach seinen Angaben in Deutschland auf 357.000 Quadratkilometern 42,5 Millionen Huftiere mit einem Gewicht von 75 Tonnen pro Quadratkilometer. Zum Vergleich: in der Serengeti, die als fruchtbarstes Ökosystem der Erde gilt, sind es fünf Tonnen Gewicht pro Quadratkilometer. Die 230 Menschen auf der gleichen Fläche in Deutschland bringen es im Schnitt auf 15 Tonnen. Eine der Folgen der industrialisierten Landwirtschaft ist laut Reichholf die Verarmung an Arten. Bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts zählte der Wissenschaftler in seinem Heimatdorf am Inn 31 Brutvogelarten, in der Großstadt München 111 Arten und Berlin 141. Ähnlich sei es mit Schmetterlingen und vielen Wildpflanzen. Die Vielfalt des Lebens habe sich u.a. in Stadtparks, auf Friedhöfe oder Laubenkolonien zurückgezogen, schreibt der Autor. (mbu)

Josef H. Reichholf: Der Tanz um das goldene Kalb. Der Ökokolonialismus Europas, Klaus Wagenbach Verlag, Berlin 2004, 217 S., 19,50 Euro, ISBN 3803136156

### Ratgeber: Essen ohne Pestizide

In dem neuen Greenpeace-Ratgeber sind für Äpfel, Trauben, Paprika, Tomaten und weitere 44 Obst- und Gemüsearten wichtige Herkunftsländer genannt und nach einem einfachen Ampel-System bewertet. Rot bedeutet "nicht empfehlenswert", da im Durchschnitt in über zehn Prozent der Ware die gesetzlichen Pestizidgrenzwerte überschritten wurden. Bei "gelb" ist Vorsicht geboten. "Grün" gilt für Ware, in der bei weniger als zwei Prozent die Höchstmengen überschritten wurden. Uneingeschränkt empfehlenswert war nur Bio-Ware, da nur diese mit großer Gewissheit keine Pestizidreste enthält. Die Mittelmeerländer gehen offenbar am großzügigsten mit der Giftspritze um. Obst und Gemüse aus der Türkei, Spanien oder Ita-

lien wiesen am häufigsten sehr hohe Rückstände auf. Produkte aus Deutschland, den Niederlanden und einigen südamerikanischen Ländern schnitten besser ab. (mbu)

Greenpeace (Hrsg.): "Essen ohne Pestizide", 28 S.; Bezug: kostenlos unter [www.einkaufsnetz.org](http://www.einkaufsnetz.org) oder Tel. 040 / 30618120.

### Handbuch für Vermarktungsinitiativen im Ökolandbau

Das Handbuch zeigt am Beispiel des Bio-Marktes in Europa, welche internen und externen Faktoren den Erfolg von Vermarktungsinitiativen beeinflussen. Die Autoren beleuchten dabei besonders die Herausforderungen und Möglichkeiten des Umfeldes aus Mitbewerbern, Marktpartnern und politischen Rahmenbedingungen. In einem dreistufigen Modell (Vorbereitungs-, Start- und Reifephase) wird die Entwicklung einer Vermarktungsinitiative dargestellt. Das Buch richtet sich an Landwirte, Berater, Verarbeiter, Händler und alle anderen an Aufbau und Führung landwirtschaftlicher Vermarktungsinitiativen Interessierten. (mbu)

Otto Schmid u. a.: Marketing-Handbuch für landwirtschaftliche Vermarktungsinitiativen - Mit Praxisbeispielen aus dem ökologischen Landbau, FiBL, 2005, 240 Seiten, 30,- Euro; Bezug: [www.baerfuss.de](http://www.baerfuss.de)

### Geld- und Bodenpolitik als Bremse der Agrarwende

In diesem Buch werden die Hindernisse für eine erfolgreiche Agrarwende durch das geltende Bodenrecht und Geldwesen beschreiben. Nach einer Rückschau auf die Agrarpolitik im 19. Jahrhundert, im Nationalsozialismus sowie im Sozialismus und Kapitalismus nach 1945 stellt der Autor Möglichkeiten dar, wie sich die Landwirtschaft nach einer geld- und bodenpolitischen Reform in einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" zu einem naturgerechten bäuerlichen Landbau "zwischen Pferdegesspann und Agrarfabrik" entwickeln könnte. (mbu)

Werner Onken: Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende, Gauke Verlag, Lütjenburg 2004, 122 S., 8,- Euro; Bezug: [www.baerfuss.de](http://www.baerfuss.de)

## Die Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie der EU

### Ab 2006: Gesamtenergieverbrauch von Gebäuden muss angezeigt werden

Im Januar 2006 tritt eine wichtige EU-Richtlinie in Kraft, die unsere alltäglichen Gewohnheiten im Bezug auf den Ressourcenverbrauch sichtbar macht. Das Aufzeigen des Gesamtenergieverbrauches von Gebäuden, ein so genannter Energiepass<sup>3</sup>, wird zur Pflicht in jedem Miet- und Kaufvertrag und dadurch Bestandteil von Miet- oder Kaufentscheidungen in der Wohnungswirtschaft und Immobilienbranche. Diese Maßnahme wird jeden einzelnen Bewohner, Mieter und Vermieter an die Verpflichtungen des Kioto-Protokolls erinnern, den Ausstoß von Schadstoffen zu minimieren. Der Endenergieverbrauch in Gebäuden ist mit über 30 % am Gesamtenergieverbrauch beteiligt und stellt damit eines der größten Potenziale dar, die Schadstoffemissionen durch energieeffiziente Maßnahmen zu reduzieren.

Anteile am Energieverbrauch in Gebäuden <sup>4</sup>	
Mechanische Energie	40 %
Raumwärme	31 %
Prozesswärme	26 %
Beleuchtung	2 %
Kommunikation	1 %

### Energieeffiziente Bauwerke um Faktor 100 besser als herkömmliche

Über 80 % des Wohnungsbaubestandes in Deutschland sind älter als 25 Jahre und belasten die Umwelt mit einem Energieverbrauch von über 200 kWh pro Quadratmeter Wohnfläche. Bislang gab es wenig Anlass, den Energieverbrauch bei Miet- oder Kaufabschluss offen zu legen und damit die Entscheidung für energieeffiziente Lösungen zu forcieren. Energieeffiziente Bauwerke im Passiv- oder Niedrigenergiestandard benötigen rund 1,5 bis 3 kWh pro Quadratmeter Nutzfläche, sind also nahezu um den Faktor 100 bes-

ser und bedeuten etwa 1.000 Euro weniger Belastung pro Jahr bei einer 100-m<sup>2</sup>-Wohnung.

#### Ziel der Gebäudeeffizienzrichtlinie

Ziel ist "die Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden in der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der jeweiligen äußeren klimatischen und lokalen Bedingungen sowie der Anforderungen an das Innenraumklima und der Kostenwirksamkeit". Die Richtlinie enthält Mindestanforderungen für:

- einen methodischen Rahmen zur Berechnung der integrierten Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden,
- neue Gebäude,
- bestehende große Gebäude, die einer größeren Renovierung unterzogen werden sollen,
- die Erstellung von Energieausweisen für Gebäude,
- regelmäßige Inspektionen von Heizkesseln und Klimaanlage in Gebäuden und einer Überprüfung der gesamten Heizungsanlage, wenn deren Kessel älter als 15 Jahre sind.

Die Umsetzung in den EU-Mitgliedstaaten erfolgt auf Grundlage nationaler Gesetze und Regelungen.

#### Grenzwerte für Alt- und Neubauten

Die Grenzwerte in Deutschland für den Altbaubestand werden voraussichtlich auf 100 kWh/m<sup>2</sup> Nutzfläche festgelegt. Bei Neubauten wird der Grenzwert voraussichtlich bei 50 kWh/m<sup>2</sup> Nutzfläche liegen. Die entscheidende Frage für Immobilienbesitzer und die Wohnungswirtschaft ist demzufolge: "Wie erhalte ich den Gebäudewert und welche Maßnahmen sind energieeffizient?" Es sind zuletzt die Fenster, die den Energieverbrauch verringern, obwohl landläufig Fenster zuerst genannt werden, bei der Frage nach der Energieeffizienz von Bauteilen. Im Altbestand sind deshalb die Maßnahmen anzuraten, die eine Reduzierung auf 100 kWh/m<sup>2</sup> Nutzfläche erreichen. Hierfür werden in der Regel Kosten von 350 bis 500 Euro pro Quadratmeter Nutzfläche anfallen, die auch gleichzeitig die normal anfallenden Modernisierungen beinhalten.

#### "Energiefresser" verlieren an Wert

Besitzer und Vermieter, die sich diesen Hinweisen zur energetischen Substanzverbesserung verweigern, werden mit Konsequenzen rechnen müssen. Die Gut-

achter für Immobilienbewertungen und die Banken werden die Daten aus dem Energiepass sicherlich beachten und entsprechende verbrauchsabhängige Gebäudewerte festlegen. Es ist damit zu rechnen, dass "Energiefresser" längerfristig nicht mehr zu verkaufen und zu vermieten sind. Zu diesen unwirtschaftlichen Gebäuden wird sicherlich auch die moderne Glasarchitektur zählen, die Sommer wie Winter einen nahezu gleich hohen Energieverbrauch aufweist. Auch hier wird die neue EU-Richtlinie ihre positive Wirkung entfalten können und auch den Laien befähigen, die guten von den schlecht gedämmten Gebäuden zu unterscheiden. Begriffe wie Niedrigenergie- oder Passivhaus werden an Bedeutung gewinnen und die Vergleichbarkeit von Wohnraum oder Immobilien wird erleichtert.

#### Gebäudeeffizienz als Jobmotor

Der Energiepass wird aufgrund der vorhandenen Bausubstanz ermittelt und nicht nach den erfassten Verbrauchswerten, wie es die Wohnungswirtschaft bevorzugt hätte. Dies wird den berechtigten Ausstellern der Energieausweise viel Arbeit verschaffen, denn in der vorgesehenen Fassung sollen diese Daten alle 10 Jahre überprüft werden. Sinnvoll und wünschenswert wäre, steuernde Maßnahmen und steuerliche Anreize zu schaffen, die nachhaltige, energiesparende Baumaßnahmen auf der Basis nachwachsender Rohstoffe belohnen. Bei einem anstehenden Gesamtvolumen von etwa 750 Mrd. Euro für Modernisierungen und energieeffiziente Maßnahmen ist das der Motor, der aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression herausführen kann. Der Bausektor ist und war ein wichtiger Konjunkturfaktor, denn mit jeweils 30.000 Euro Bauinvestition entsteht ein Arbeitsplatz. ■

Gastautor: Manfred Krines, ARGE kdR e.V.

#### • Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft kontrolliert deklarierte Rohstoffe e.V. (ARGE kdR), Seibertstr. 8, 76131 Karlsruhe  
Tel./Fax 0700 / 123456-21  
eMail: info@argekdr.de  
www.positivlisten.info  
Gebäudeeffizienzrichtlinie (2002/91/EG) im Internet:  
<http://europa.eu.int/eur-lex/de> ("Gesetzgebung", "2002", "91")

3 Richtlinie 2002/91/EG, Ausweis über die Gesamtenergieeffizienz (Artikel 7, Abs. 1): Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass beim Bau, beim Verkauf oder bei der Vermietung von Gebäuden dem Eigentümer bzw. dem potenziellen Käufer oder Mieter vom Eigentümer ein Ausweis über die Gesamtenergieeffizienz vorgelegt wird. Die Gültigkeitsdauer des Energieausweises darf zehn Jahre nicht überschreiten.

4 Quelle: AG Energiebilanzen, VDEW- Projektgruppe Nutzenergiebilanzen, IfE/TU München aus: BWK Bd. 54 (2002) Nr. 12

## Deutscher und Europäischer Solarpreis 2005 ausgelobt

### Bewerbungen bis zum 31. August

Seit zwölf Jahren verleiht Eurosolar die Europäischen und Deutschen Solarpreise an beispielhafte Initiativen zur Nutzung Erneuerbarer Energien. Bis zum 31. August 2005 nimmt die europäische Vereinigung für erneuerbare Energien Bewerbungen und Vorschläge für auszeichnungswürdige Projekte und Personen entgegen.

### Acht Kategorien

Im Mittelpunkt stehen dabei herausragende innovative und kreative Leistungen für die Verbreitung Erneuerbarer Energien. Um der Breitenwirkung der Erneuerbaren in der Vielfalt ihrer Anwendungsmöglichkeiten gerecht zu werden, erfolgt die Preisvergabe in acht thematischen Kategorien. Ausgezeichnet werden Städte, Gemeinden oder Stadtwerke; industrielle, kommerzielle oder landwirtschaftliche Betriebe; lokale oder regionale Vereine als Förderer von Projekten für Erneuerbare Energien; solares Bauen; Medienpreis für Berichte zu Erneuerbaren Energien; Transportsysteme mit Erneuerbaren Energien; Bildung und Ausbildung. Außerdem gibt es einen Sonderpreis für besonderes persönliches Engagement.

Die Preisvergabe erfolgt zweistufig: Die Europäischen Solarpreise werden von den jeweiligen nationalen Eurosolar-Sektionen einzeln ausgeschrieben. Aus den Vorschlägen, die auf nationaler Ebene eingereicht und prämiert werden, wählt dann eine europäische Jury die Preisträger der Europäischen Solarpreise aus. Die Preisverleihung für die deutschen Preisträger ist im Oktober, für die europäischen im Dezember. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Eurosolar, Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279  
eMail: info@eurosolar.org  
www.eurosolar.org

## Ökobilanz von Bio-Ethanol umstritten

### EU will mehr Kraftstoff aus nachwachsenden Rohstoffen

Eine Richtlinie der Europäischen Union sieht vor, dass der Anteil der Kraftstoffe aus Biomasse in den nächsten fünf Jahren von 2 auf 5,75 Prozent steigen soll. Damit soll der Kohlendioxidausstoß gesenkt und der Ölverbrauch reduziert werden. Biodiesel aus Raps, der bisher in Deutschland angeboten wird, reicht nicht aus, um die EU-Vorgabe zu erfüllen.

Benzin muss künftig mehr Alkohol erhalten. Dafür soll dem Sprit Bioethanol beigemischt werden, das aus Weizen, Zuckerrüben und Kartoffeln hergestellt wird. In einem Modellversuch soll die Tauglichkeit dieser Mischung getestet werden. Das Bundesverbraucherministerium verhandelte zurzeit u.a. mit der Autoindustrie und Tankstellenbetreibern über die Durchführung, hieß es im Mai auf einem Bioethanol-Kongress in Bonn.

### Sprit aus Feldfrüchten nicht immer ökologisch und ökonomisch sinnvoll

Auf dem Kongress wurde deutlich, dass Ethanol nur dann ein ökologisch und ökonomisch sinnvoller Kraftstoff ist, wenn der richtige Rohstoff, das richtige Verfahren und auch die Nebenprodukte genutzt werden. Das Umweltbundesamt (UBA) sieht die Produktion von Bio-Ethanol kritisch. Nach Einschätzung des Amtes wird möglicherweise nur wenig mehr Energie gewonnen als für die Verarbeitung von Kartoffeln und Zuckerrüben aufgewendet werden muss. Außerdem bestehe die Gefahr, dass in der Landwirtschaft wieder mehr Monokulturen angebaut werden. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-0, Fax -2285  
eMail: info@umweltbundesamt.de  
www.umweltbundesamt.de

## Union will mehr Atom und weniger Erneuerbare

### Zeitplan für Ausstieg aus Atomenergie bald Makulatur?

Am 11. Mai ist das Kernkraftwerk Obrigheim in Baden-Württemberg abgeschaltet worden. Möglicherweise war die Stilllegung die letzte im Rahmen der von der Bundesregierung geplanten Energiewende. Derzeit sind in Deutschland noch 17 AKW in Betrieb. In den kommenden Jahren sollten zunächst die Atomkraftwerke Biblis A und B, Brunsbüttel und Neckarwestheim 1 vom Netz gehen.

CDU und CSU kündigten an, im Fall eines Wahlsiegs den beschlossenen Atomausstieg rückgängig zu machen. CDU-Parteichefin Angela Merkel sagte, die Union wolle erreichen, dass die Restlaufzeiten der AKW verlängert werden könnten, solange die Anlagen den Sicherheitsanforderungen entsprächen. Das Deutsche Atomforum lobte diese Pläne, während Umweltverbände sich gegen einen "Wiedereinstieg in die Atompolitik" wandten. "Atomkraftkanzlerin" Merkel habe eine Kostprobe ihrer Technikgläubigkeit gegeben, sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Damit sei die Anti-Atom-Bewegung wachgerüttelt. Es werde einen spannenden Wahlkampf geben.

### Umweltverbände: Zusammenhang von Arbeit und Umwelt diskutieren

Auch der BUND befürchtet ein "ökologisches Rollback" unter einer möglichen neuen politischen Führung. Die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrrnt forderte, den Zusammenhang von Arbeit und Umwelt in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung der nächsten Monate zu stellen. Bei einer konsequent ökologischen Ausrichtung der Wirtschafts- und Energiepolitik seien z.B. in der Branche Erneuerbare Energien dreistellige Zuwachsraten möglich. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) warf Merkel vor, die Risiken der Atomenergie und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch alternative Energien zu verschweigen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Thorben Becker, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-421, Fax -440  
eMail: thorben.becker@bund.net  
www.bund.net/energie

## Kurzmeldungen

### DNR: Mit dem EEG steht glaubwürdige Energiepolitik auf dem Spiel

Der DNR hat Industrie und Politik davor gewarnt, ohne Not die Glaubwürdigkeit und Kontinuität der Energie- und Klimapolitik in Deutschland aufs Spiel zu setzen. "Wer den Atomausstieg und die erneuerbaren Energien in Frage stellt, gefährdet die Erfolgchancen einer nachhaltigen Wirtschafts- und Umweltpolitik - und nicht zuletzt 130.000 neu entstandene Arbeitsplätze", mahnte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Er begrüßte die Aussage von UBA-Präsident Andreas Troge zum Festhalten am Atomausstieg und zum Erfolg des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG): "Regierung und Opposition wären gut beraten, dem international anerkannten Sachverstand des Umweltbundesamts in dieser Frage zu folgen." (cmm)

DNR, Tel. 0228 / 359005, [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Energieeffizienz statt Kohle-Subventionen

Eine Studie des Öko-Instituts Freiburg zeigt, wie sich mit den Steuergeldern Einsparpotenziale kostengünstig erschließen lassen. Bereits mit der Hälfte der Steinkohlesubventionen in Deutschland können laut Studie durch Innovationen zwölf Prozent des deutschen Stromverbrauchs eingespart werden. Allein in Haushalten würde der Austausch alter Großgeräte den Energieverbrauch um bis zu 50 Prozent verringern. Ein umfassendes Sparprogramm würde auch den Klimaschutz voranbringen: Deutschland würde 35 Mio.t CO<sub>2</sub> weniger erzeugen. Der Abbau einer Tonne Steinkohle kostet in Deutschland etwa 150 Euro. Um mit Importkohle konkurrieren zu können, wird die Differenz zum Weltmarktpreis mit Subventionen ausgeglichen. (mbu)

[www.greenpeace.de/multimedia/download/0/828556/0/energieeffizienzstattsteinkohlesubventionen.pdf](http://www.greenpeace.de/multimedia/download/0/828556/0/energieeffizienzstattsteinkohlesubventionen.pdf)

### Volksabstimmung gegen Euratom-Vertrag geplant

Bis zum 20. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe am 26. April 2006 wollen Umwelt- und Anti-Atom-Organisationen unter dem Motto "Eine Million Europäer verlangen den Ausstieg aus der Atomenergie" EU-weit eine Million Unterschriften für ein Ende des Euratom-Vertrages sammeln. Die neue EU-Verfassung ver-

pflichtet die EU-Kommission aktiv zu werden, wenn eine Million Bürger dies fordern. Ziel des Euratom-Vertrags ist die aktive Förderung der europäischen Atomforschung und -wirtschaft mit EU-Forschungsgeldern und günstigen Krediten für AKW-Neubauten. Die EU-Kommission will die Euratom-Forschungsgelder für 2007-2011 verdreifachen. (tf, mbu)

BUND, Tel. 030 / 275864-0  
[www.bund.net/aktionen/antiatom](http://www.bund.net/aktionen/antiatom)

### Deutsche Braunkohle ist Klimasünder Nummer eins

Die EU-Kommission hat im April die Zuteilungsmengen für Emissionsrechte in Deutschland veröffentlicht. Für 20 von den 30 größten Anlagen wurden die Zuteilungsmengen publiziert. Der Nationale Allokationsplan (NAP) sieht für Deutschland bis 2007 eine Höchstmenge von 859 Mio. t CO<sub>2</sub>-Ausstoß vor. Die größten Klimasünder in Deutschland sind Braunkohlekraftwerke. Allein die vier größten Anlagen verursachen 11,4 % der Gesamtemissionen. Der WWF fordert daher für die Verhandlungen zum Nationalen Allokationsplan 2, der die Emissionsrechte für die Jahre 2008-2012 festlegt, "deutlich ehrgeizigere Rahmenseetzungen". (mbu)

WWF, Tel. 069 / 791440, [www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02412](http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02412)

### Vorrang für Klimaschutz im Inland

Der BUND hat sich dagegen ausgesprochen, wirksamen Klimaschutzmaßnahmen im Inland auszuweichen. Nach dem Kioto-Protokoll dürfen Industriestaaten einen Teil ihrer Klimaschutzverpflichtungen durch Projekte in Entwicklungsländern erfüllen. Deutschland könne sein Kioto-Ziel jedoch leicht mit Altbausanierung, effizienter Stromnutzung und -erzeugung sowie im Verkehr erreichen, so der BUND. Allerdings muss Deutschland mit dem Projekt-Mechanismen-Gesetz bis November eine verbindliche EU-Richtlinie umsetzen. Der BUND schlägt daher vor, eine quantitative Begrenzung für die internationalen Klimaschutzprojekte einzuführen. Außerdem müsse eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach EU-Standard Pflicht werden. Inakzeptable Aufforstungs- und Atomprojekte müssten ausgeschlossen bleiben. (mbu)

BUND, Tel. 030 / 275864-0,  
[www.bund.net/lab/reddot2/pdf/promechg.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/promechg.pdf)

## Lesenswert

### Solarbrief Sonderheft: Energie statt Arbeit besteuern

Im Mai ist das Solarbrief-Sonderheft zum Thema Arbeit und soziale Gerechtigkeit erschienen. Hauptthemen sind "Moderne Wirtschaft - veraltetes Steuersystem" sowie "Umsteuern durch Energiesteuern". Die Autoren analysieren die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und beschreiben, wie es ihrer Ansicht nach möglich ist, Arbeit und soziale Gerechtigkeit miteinander zu vereinbaren. Einer der Autoren, Wolf von Fabeck, Geschäftsführer des Solarnergie-Fördervereins Deutschland, betont, die Kapitalismuskritik der jüngsten Zeit greife zu kurz. "Sie übersieht, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen genau das kritisierte Arbeitsplatz vernichtende Verhalten belohnen und damit auch verantwortungsbewussten Unternehmen kaum eine Wahl lassen, wenn sie im Wettbewerb mit skrupelloseren Konkurrenten nicht zurückfallen wollen", schreibt er. Im Zentrum der Erörterung steht der Produktionsfaktor Energie. Von Fabeck plädiert dafür, die Abgaben für diesen Faktor zu erhöhen und gleichzeitig die Abgabenlast für den Faktor Arbeit zu verringern. (mbu)

Wolf von Fabeck, Jürgen Grahl: Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Aber wie? Ein interdisziplinärer Vorschlag; PDF-Datei, 20 S.; kostenloser Internet-Download (760 kB); [www.sfv.de/lokal/mails/sj/sonderhe.pdf](http://www.sfv.de/lokal/mails/sj/sonderhe.pdf) Bezug der Printversion: SFV, Tel. 0241 / 511616, eMail: [zentrale@sfv.de](mailto:zentrale@sfv.de)

■

## Gen-Mais: Geht Deutschland einen Sonderweg in Europa?

### Mon810: Erste Sortenzulassung für gentechnisch veränderten Mais

Ende Mai hat ein Fachausschuss des Bundessortenamts (BSA) über die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzensorten in Deutschland entschieden. Die Genmais-Sorte Mon810 der Firma Monsanto lag dem BSA zur Entscheidung vor. Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Bei einer positiven Entscheidung würde Deutschland in der Europäischen Union einen Sonderweg einschlagen. Polen, Österreich, Ungarn und die Slowakei haben den Anbau von Mon810 verboten. Nur in Spanien kommt es zum großflächigen Anbau.

### Bauernorganisation: Abwägung nach Sortenrecht nicht ausreichend

Die Erteilung einer Sortenzulassung für den gentechnisch veränderten Mais wäre eine falsche Richtungsentscheidung für die deutsche Landwirtschaft. So sieht es zumindest die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die sich gegen eine Zulassung ausspricht. Statt formal nach dem Sortenrecht zu entscheiden, gelte es daher die ökonomischen, weitere rechtliche Fragen sowie Bedenken gegen eine der ersten gentechnischen Pflanzen mit veralteter Risikobewertung zu berücksichtigen, so die kritische Bauernorganisation.

### Veraltete Zulassung muss erst überprüft werden

Zu berücksichtigen ist laut AbL auch, dass die Marktzulassung für alle Gentech-Pflanzen, die noch nach der alten Gesetzgebung 90/220/EG zugelassen wurden, im Oktober 2006 auslaufen oder diese ab Januar 2006 erneut einen Zulassungsprüfung durchlaufen müssen. Im Rahmen des neuen Zulassungsverfahrens werden Aspekte der Koexistenz und des Monitorings untersucht. Bevor es auch nur eine Größenvorstellung der Kosten der Koexistenz gebe, ohne Informationen über die Schwachstellen der Koexistenzprobleme für die Marktbeteiligten und ohne einen Monitoringplan dürfe der Mais Mon810 keine Sortenzulassung bekommen.

### Hintergrund: Rechtlicher Rahmen

Mon810 hat in der EU als gentechnisch veränderter Organismus (GVO) 1998 eine Zulassung bekommen. Das geschah noch nach der alten Freisetzungsrichtlinie

90/220. Doch ab Herbst 2005 müssen alle danach zugelassenen Gentechnik-Sorten erneut nach den Vorgaben der aktuellen Freisetzungsrichtlinie bewertet und zugelassen werden. Das heißt, das Bundessortenamt erteilt Ende Mai eine Sortenzulassung für 2006 für eine Gentech-Sorte, die vor einem Anbau im Jahr 2006 noch ein komplettes Zulassungsverfahren in der EU durchlaufen muss.

### Bedingungen der Zulassung nicht erfüllt

Nach Artikel 16 und 18 der Saatgutrichtlinie 53/2002 können Mitgliedstaaten den Anbau einer Pflanzensorte verbieten, wenn er negative Auswirkungen auf andere Arten oder Sorten hat, die Sorte nicht vergleichbar mit anderen in dem Staat angebauten Sorten ist oder neue Gründe dafür angeführt werden, dass die Sorte ein Umwelt- oder Gesundheitsrisiko darstellt.

Ob ausgerechnet die Eigenschaft von Mon810, über mehrere Monate stetig ein Insektengift in der Pflanze zu produzieren, als Verbesserung des "landeskulturellen Werts" zu bewerten ist - was eine Voraussetzung für die Neuzulassung von Pflanzensorten ist - bedarf ebenfalls einer weiteren Überprüfung. Monsanto hat es auf jeden Fall versäumt, einen Überwachungsplan für mögliche Umwelt und Gesundheitsfolgen von Mon810 vorzulegen, wie es nach der EU-Freisetzungsrichtlinie 18/2001 vorgeschrieben ist.

### Wissenschaftliche Erkenntnisse nicht berücksichtigt

Die AbL verweist auf mehrere Studien der letzten Jahre, die zeigten, dass Bt-Mais wie Mon810 unerwartete Auswirkungen auf Boden und Nichtzielorganismen hat.<sup>5</sup> Auch deutsche Forschungsergebnisse über mögliche Biodiversitätsfolgen von Mon810 wie eine verzögerte Entwicklung der an der Zersetzung der Maisstreu beteiligten Organismen seien bisher nicht berücksichtigt worden.<sup>6</sup> Es gebe auch

noch keine wissenschaftliche Erklärung für einen erhöhten Ligningehalt in Mon810.

### AbL: Erkenntnis muss vor Entscheidung gehen

Es gibt also noch erhebliche Erkenntnislücken. Ein Versuch zur Koexistenz zwischen herkömmlichem und gentechnischem Anbau mitsamt den sozioökonomischen Folgen startet zur Zeit. Bevor Ergebnisse und die notwendigen Kenntnisse vorliegen, sei ein Vorseilen mit Anbau-Genehmigungen "unverantwortlich" und widerspreche darüber hinaus dem Vorsorgeprinzip, urteilt AbL-Gentechnik-Expertin Mute Schimpf. ■

Autor: Daniel Unsöld, DNR Berlin

### • Weitere Informationen

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft, c/o Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Gentechnik-Expertin Mute Schimpf, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
Tel. 02381-9053173, Fax -492221  
eMail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de  
www.abl-ev.de/gentechnik

<sup>5</sup> Biocontrol Science And Technology 14 (2): 129170 March 2004, Molecular Ecology 12 (4): 10771086 April 2003; Molecular Ecology 12 (3): 765775 March 2003

<sup>6</sup> Büchs et al. (2004): Potentielle Auswirkungen des Anbaus von Bt-Mais: Entwicklungsverzögerung bei Zersettern und ihren Räubern nach Aufnahme von MON810 Bt-Maisstreu - Folgen für das Ökosystem? Status-Seminar "Sicherheitsforschung und Monitoring 2004, Berlin 16. Juni 2004

## Gentechnikgesetz auf Eis gelegt

### Unionsländer wollen mit Blockade im Bundesrat Haftungsregelung kippen

Der zweite Teil des Gentechnikgesetzes liegt seit Ende April im Vermittlungsausschuss. Die von der Union geführten Länder lehnten den Bundestagsentwurf ab. Sie wollen mit der Blockade erreichen, dass vor allem die Haftungsregelung im ersten Teil des Gentechnik-Gesetzes wieder gekippt wird. Bundesverbrauchermministerin Renate Künast warf den Unionsländern vor, sie würden mit den von ihnen geforderten Änderungen für eine "Zwangskontamination" der gentechnik-freien Landwirtschaft eintreten.

Das Teilgesetz soll u.a. das gentechnische Arbeiten in Sicherheitslaboren, Gewächshäusern oder Produktionsanlagen regeln. Die Union will neben den Haftungsregeln auch das öffentliche Register für die Gentech-Äcker wieder rückgängig machen. Nach ihren Vorstellungen soll nicht der "Gentechnik-Bauer" haften, sondern ein von allen Beteiligten finanzierter Nutzungsfonds. Damit müssten dann auch Landwirte für die Schäden mitbezahlen, die Gentechnik ablehnen.

### BUND: Kein Schadenersatz aus Steuergeldern

Umwelt- und Verbraucherverbände kritisierten die Haltung der Opposition. Es müsse bei der vorgesehenen Haftungsregelung bleiben, forderte der BUND. Nicht die Steuerzahler, sondern jene, die mit der Gentechnik Geld verdienen wollten, müssten für die Folgen gerade stehen. Der Bund für ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) betonte, dass mit den Vorschlägen der Unionsländer die Transparenz weiter verringert werde. Wenn Bauern erst wenige Tage vor einer Gen-Aussaats davon erführen, seien kaum noch Absprachen zur Schadensbegrenzung möglich. Der Erzeugerverband Bioland kritisierte, die von der Union geplanten Änderungen kämen einem Freifahrtschein für Gentechnik-Anbau gleich. Das Risiko würde von den Gentechnik-Bauern auf die gentechnikfreie Landwirtschaft und die Verbraucher verlagert. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin

Tel. 030 / 275864-456, Fax -449  
eMail: heike.moldenhauer@bund.net  
www.bund.net

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 28482 -300, Fax -309,  
eMail: info@boelw.de  
www.boelw.de

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz  
Tel. 06131/ 2397917  
eMail presse@bioland.de  
www.bioland.de

## Deutsches Mais-Saatgut ohne Gentechnikfrei-Garantie

### AbL: Gentechnikfreies Saatgut in Österreich kaufen

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat allen Bauern, die gentechnikfrei produzieren wollen, empfohlen, künftig in Österreich Saatgut zu kaufen. Denn dort gebe es im Gegensatz zu Deutschland eine Garantie, dass der Mais den gesetzlichen Vorgaben entspricht und keine gentechnischen Bestandteile enthält. Nach europäischem Recht darf Saatgut keine Spuren von Gentechnik enthalten, solange es nicht als "gentechnisch verändert" gekennzeichnet ist.

Nach Informationen der AbL setzt Österreich größtenteils auf den Verzicht der Gentechnik und erzielt dadurch Marktanteile, auch in der Saatgutvermehrung. Die Maisvermehrungsflächen haben sich demnach in den letzten vier Jahren fast verdreifacht. Dort könne jeder Bauer gentechnikfreies Saatgut kaufen. Die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit solle für die Gewährleistung des Standards.

### Länder sollen Saatgut kontrollieren

In Deutschland hingegen wollen nach Auffassung des Netzwerks gentechnikfreie Landwirtschaft "die Gentechnik-Konzerne durch Erprobungsanbau oder größere Freisetzung Fakten schaffen". Der AbL kritisierte die Praxis der Maiszüchter, in Österreich Maissaatgut mit einer Garantie zu verkaufen, dass es gentechnikfrei ist, den Bauern in Deutschland dies aber zu verweigern. Der Verband forderte von den Bundesländern frühzeitige Saatgutkontrollen und die Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
Tel. 02381-9053170, Fax -492221  
eMail: info@abl-ev.de  
www.abl-ev.de  
www.abl-ev.de/gentechnik  
Bundesgeschäftsführer Georg Janßen,  
Tel. 04131 / 407757

## Grüne Gentechnik keine Jobmaschine

### Ökonomen sehen eher negative Effekte

Unabhängige Experten schätzen die Beschäftigungseffekte in der Agro-Biotechnik skeptisch ein. Anthony Arundel vom Maastricht Economic Research Institute<sup>7</sup>, der vor einigen Jahren im Auftrag der EU-Kommission das Beschäftigungspotenzial der Agrarbiotechnologie untersuchte, erklärte gegenüber dem Internetmagazin Telepolis, tendenziell gingen weltweit gesehen eher Arbeitsplätze verloren, wenngleich auch nur in einem Ausmaß von "wenigen Prozentpunkten".

### Nur die Konzerne profitieren

Positive Effekte könnte es für die Forschungsabteilungen der Saatguthersteller und Agro-Konzerne geben, meint Arundel. Diese wenigen, dafür aber hoch qualifizierten, neuen Arbeitsplätze könnten aber den zu erwartenden Verlust an Jobs in der Produktion nicht kompensieren.

### Großindustrie vernichtet mehr Arbeitsplätze, als sie schafft

Ähnlich sieht das auch der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Ulrich Dolata<sup>8</sup> vom Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec) an der Universität Bremen<sup>9</sup>. Bereits 2001 warnte er vor überzogenen Hoffnungen. Selbst dass mehr Beschäftigung in den Konzernen entstehen könnte, zweifelt Dolata an: "Positive Arbeitsmarkteffekte sind von der Grünen Gentechnik nicht zu erwarten. Die Beschäftigungsentwicklung im großindustriellen Sektor ist negativ." Arbeitsplatzvernichtend sei vor allem die Fusions- und Akquisitionspolitik der Großunternehmen, die immer das Ziel verfolge, Einsparungen zu erzielen und Kapazitäten zusammenzulegen. Allein die Übernahme von Aventis Crop Science durch den Bayer-Konzern sei mit dem Abbau von 4.000 Stellen verbunden. Dolata: "Biotechnologiefirmen werden diese Arbeitsplatzverluste nicht ausgleichen können."

### Gentechnik-Lobbygruppen führen Scheindebatte

Der Mythos vom Beschäftigungsmotor Agro-Gentechnologie sei nicht haltbar, re-

sümiert Telepolis-Wissenschaftsredakteurin Brigitte Zarzer. Von Lobby-Gruppen angezettelte Scheindebatten nützten niemandem, so Zarzer. "Die Ernährungssicherheit für Menschen in Europa wie in allen anderen Kontinenten und insbesondere in den Entwicklungsländern wird damit ganz sicherlich nicht gewährleistet." (du) ■

### • Weitere Informationen

Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Benedikt Haerlin, Gentechnik-Experte, Marienstr.19, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 27590309  
eMail: haerlin@zs-l.de

Quelle: Telepolis, Brigitte Zarzer, 04.04.2005, [www.telepolis.de](http://www.telepolis.de)

## Kurzmeldungen

### Informationen zu Gentechnik-Anbau und Nachbarschaftsrecht

Der Informationsdienst Gentechnik bietet einen neuen Service an. Auf der Seite [www.standortregister.de](http://www.standortregister.de) finden Landwirte, die genveränderte Pflanzen anbauen wollen, betroffene Nachbarn sowie Landeigentümer Informationen zu Rechten und Pflichten beim Umgang mit Gentechnik. Fragen der Haftung und zur Nutzung des behördlichen Standortregisters werden in kurzer und verständlicher Form erläutert. Seit über einem Jahr gibt es den Informationsdienst Gentechnik, der im Internet einen tagesaktuellen Pressespiegel, Aktionstipps, Termine und Links (Verweise) zur Agro-Gentechnik veröffentlicht. (mbu)

[www.standortregister.de](http://www.standortregister.de)  
[www.informationsdienst-gentechnik.de](http://www.informationsdienst-gentechnik.de)

### Pflanzengen in Tier entdeckt:

#### Gentransfer häufiger als gedacht

Biologen der Christian-Albrechts-Universität in Kiel haben in dem Süßwasserpolyp *Hydra viridis* ein Pflanzengen entdeckt. Die Forscher zeigten, dass der Transfer von Genen von einem Organismus in das Genom eines anderen Organismus weit häufiger stattfindet als bisher angenommen. Der Polyp *Hydra* ist ein einfacher Vielzeller, der häufig in heimischen Gewässern vorkommt. Die Wissenschaftler stellten fest, dass der *Hydra*-Polyp, der in Symbiose mit der Alge *Chlorella* lebt, das pflanzenähnliche Gen immer dann aktiviert, wenn es zur Eibildung kommt. Offenbar versucht *Hydra* durch das Pflanzengen, das potenziell schädliche Oxydationsvorgänge verhindert, seine Embryonen zu schützen, so die Annahme der Experten. (mbu) ■

Universität Kiel, Zoologisches Institut  
Tel. 0431 / 880-4169, Fax -4747,  
eMail: [office@zoologie.uni-kiel.de](mailto:office@zoologie.uni-kiel.de)

<sup>7</sup> [www.merit.unimaas.nl/about/profile.php?id=14&stage=2#pub](http://www.merit.unimaas.nl/about/profile.php?id=14&stage=2#pub)

<sup>8</sup> [www.transgen.de/wissen/diskurs/456.doku.html](http://www.transgen.de/wissen/diskurs/456.doku.html)

<sup>9</sup> [www.artec.uni-bremen.de/aktuelles/index.php](http://www.artec.uni-bremen.de/aktuelles/index.php)

### Wachstum durch nachhaltiges Wirtschaften?

#### "Deutschland hat Grenzen des Wirtschaftswachstums bald erreicht"

Nach Meinung von Hans Diefenbacher, Ökonom und Umweltbeauftragter des Evangelischen Kirchenrates, hat Deutschland seine Grenzen des Wirtschaftswachstums bald erreicht. Eine erfolgreiche Volkswirtschaft werde sich in Zukunft an neuen Kriterien wie Nachhaltigkeit und dem schonenden Umgang mit Ressourcen orientieren müssen. Dadurch würden einige Wirtschaftsbereiche wachsen, andere dagegen schrumpfen.

Eine Umstellung der Arbeitszeit von Vollzeit auf halbtags ohne Lohnausgleich könne zudem das Problem der hohen Arbeitslosigkeit lösen. Die fehlenden Einnahmen würden dann beispielsweise durch Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt ausgeglichen. Außerdem müsse es aufgrund des hohen Bruttonationaleinkommens einen Verteilungsspielraum geben, der ein Grundeinkommen für alle ermöglicht. Allerdings räumte der Ökonom ein, dass ein solches Vorhaben im Moment nicht durchsetzbar ist.

#### Wirtschaftswachstum in Asien und Osteuropa als Gegenbeleg?

Zurzeit wüchsen die Volkswirtschaften in Asien und Osteuropa und orientierten sich dabei am westlichen Konsummodell, so Diefenbacher. Wachstumsraten von fünf bis fünfzehn Prozent könnten jedoch nur eine Übergangsphase sein. Die alten Industrienationen müssten beginnen, die Grenzen des Wachstums zu achten und diesen Gedanken in die Diskussion zu bringen. Dies sei dringend notwendig. (db) ■

#### • Weitere Informationen

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Hans Diefenbacher, Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg  
Tel. 06221-91220, Fax -167257  
eMail:  
hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de  
www.fest-heidelberg.de

### Zukunftspreis Nachhaltigkeit

#### Städte ausgezeichnet: Verwaltungen kaufen umweltbewusst ein

Mehr als dreißig Städte haben sich um den "Zukunftspreis Nachhaltigkeit" beteiligt. Gesucht wurden Kommunen, die besondere Anstrengungen in der Beschaffung nachhaltiger und umweltfreundlicher Produkte unternommen haben. Am 1. Juni wurden die drei Sieger in Berlin ausgezeichnet. Ausgelobt wurde der Preis von der Initiative Pro Recyclingpapier und der Fachzeitschrift Behörden Spiegel unter Förderung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

#### Eine Stadt stellt um auf Recyclingpapier

Den ersten Platz belegte die Stadt Löhne. Mit ihrem Konzept "Eine Stadt stellt um auf Recyclingpapier - Bausteine für eine politische Leitkultur" hat sie mehr Akzeptanz von Recyclingpapier geschaffen und das Bewusstsein im Umgang mit Ressourcen gesteigert. So hat die Stadtverwaltung im letzten Jahr 90 Prozent ihres Papierbedarfs aus Recyclingpapier gedeckt.

#### Grüner Einkauf am Bodensee

Zweiter wurde die Stadt Ravensburg mit ihrem Projekt "Grüner Einkauf am Bodensee - Entwicklung von Hilfen für die Beschaffung umweltfreundlicher Produkte". Ziel war und ist es Umweltstandards bereits im Beschaffungswesen zu einem festen Bestandteil kommunaler Verwaltungen zu machen. So wurden beispielsweise kommunale Verwaltungen dazu angeregt, bereits im Beschaffungswesen auf Umweltstandards zu achten.

#### Einführung eines Umweltmanagementsystems

Die Stadt Rostock hat es mit ihrem Projekt "Aufbau und Einführung eines Umweltmanagement-Systems" auf den dritten Platz geschafft. Umweltfreundliche Büromaterialien können damit effizient und mitarbeiterfreundlich beschaffen werden. Zusätzlich unterstützt ein weit verzweigtes und ideenreiches Kommunikations- und Motivationsprogramm das System. (db) ■

#### • Weitere Informationen

Initiative Pro Recyclingpapier, Schützenstraße 5, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 240793-96, Fax -99  
eMail: info@initiative-papier.de  
www.papiernetz.de

### Lesenswert, sehenswert

#### **Bildband zeigt hohen Gewerbeflächenverbrauch und Alternativen**

In dem neuen Band "Gewerbeflächenausweisung und Flächenverbrauch - Beitrag zu einer naturverträglichen Siedlungsentwicklung" zeigt der Bund Naturschutz in Bayern (BN) Brennpunkte der Flächenverschwendung bei der Ausweisung von Gewerbegebieten. Darin werden sowohl Positiv- als auch Negativbeispiele aus Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen dargestellt.

Die ökologischen und ökonomischen Folgen des kommunalen Wettbewerbs auf Kosten von Heimat, Landschaft und intakten Innenstädten werden immer deutlicher. Obwohl viele Städte und Gemeinden unter der Zins- und Tilgungslast für die Erschließungskosten ihrer leer stehenden Gewerbegebiete leiden, werden nach wie vor neue Gebiete ausgewiesen. Exemplarische Negativbeispiele aus allen Regierungsbezirken der drei südlichen Bundesländer werden anhand von Luftbildern dokumentiert. Positivbeispiele zeigen aber auch, dass Gemeindeentwicklung, Gewerbeflächenbereitstellung und die Befriedigung des Wohnraumbedarfs in den Gemeinden auf flächen schonende Weise möglich sind. Dies wird durch Baulückenschließung, Innenentwicklung, Flächenrecycling und intelligente Nutzungsmodelle belegt.

Nach Ansicht des BN sollte es Ziel der Politik sein, ab 2010 keine neuen Flächen mehr zu bebauen oder versiegelte Flächen an anderer Stelle zu renaturieren. Flächenrecycling, Nachverdichtung und Umnutzung, Maßnahmen gegen die kommunale Konkurrenz bei Gewerbegebietsausweisungen und ein Ende des Straßenneubaus sollten Vorrang haben. (db)

Gewerbeflächenausweisung und Flächenverbrauch - Beitrag zu einer naturverträglichen Siedlungsentwicklung (Bund Naturschutz Forschung, Band 9); Bezug/Hrsg.: Bund Naturschutz in Bayern (BN), Dr.-Johann-Maier-Str. 4, 93049 Regensburg, Tel. 0941 / 29720-0, Fax -30, eMail: [lfg@bund-naturschutz.de](mailto:lfg@bund-naturschutz.de), [www.bund-naturschutz.de](http://www.bund-naturschutz.de)

#### **Ende im Gelände: Lehrfilm und Buch zum Flächenverbrauch**

Der Flächenverbrauch in Baden-Württemberg beträgt mehr als zehn Hektar pro Tag und entspricht damit der Größe von dreizehn Fußballfeldern. Das Problem ist zwar mittlerweile allgemein bekannt. Nichtsdestotrotz werden weiter Neubaugebiete, Logistik- und Vergnügungszentren in der freien Landschaft und Verkehrsstraßen durch Felder und Obstbaumwiesen geplant und gebaut. Dies hat sowohl ökologische als auch ökonomische Folgen. Eine klare Lösungsstrategie der Politik gibt es trotzdem nicht. Dabei könnte eine Siedlungspolitik, die auf mehr Effektivität im Umgang mit der Fläche achtet, gleichzeitig zu mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden führen.

Ein als Buch und Film vom Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg herausgebrachtes Medienpaket will auf das Problem des überzogenen Flächenverbrauchs aufmerksam machen. Anhand von Beispielen werden die Auswirkungen auf den Naturhaushalt und die Lebensqualität der Bevölkerung dargestellt, Hintergründe beleuchtet und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Darüber hinaus verdeutlicht der Film, dass attraktiv gestaltete (Alt-)Stadtviertel den Anwohner/innen eine höhere Lebensqualität bieten können als typische Neubausiedlungen im ländlichen Raum. Mit seiner umfassenden Betrachtungsweise eignet sich der Film auch als Unterrichtseinheit an (Volkshoch-) Schulen und als Diskussionsgrundlage für Gemeinderäte, Architekten und Umweltgruppen. (db)

"Ende im Gelände", Stuttgart 2005, Buch 7,50 Euro, DVD 12,80 Euro; Hrsg./Bezug: Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg, Olgastr. 19, 70182 Stuttgart, Tel. 0711 / 248955-20, Fax -30, eMail: [info@lnv-bw.de](mailto:info@lnv-bw.de), [www.lnv-bw.de](http://www.lnv-bw.de)

## Protest gegen Kranichjagd in Naturschutzgebiet

### Unteres Odertal: Wichtiger Brut- und Rastplatz für Wasservögel

Der DNR hat in Brüssel erfolgreich gegen die wieder zunehmende Jagd auf Kraniche im Unteren Odertal interveniert. Dieses deutsch-polnische Naturschutzgebiet ist ein wichtiges Brutgebiet für eine Vielzahl von Vögeln. Die Artenvielfalt und die natürliche Flussaue, die von Wasservögeln als Rastplatz genutzt wird, sind von außerordentlichem Wert und werden auf dem deutschen Gebiet als Nationalpark geschützt. Die Ausweisung als Schutzgebiet steht auf polnischer Seite jedoch noch aus.

### Jagd nimmt wieder zu

Das Jagdverbot im deutschen Gebiet und Ruhe auf polnischer Seite haben das Untere Odertal wieder zu einem Rast- und Schlafplatz für Kraniche gemacht. Seit einigen Jahren jedoch nimmt die Jagd auf Wasservögel im polnischen Gebiet wieder zu. Durch die Schüsse aufgeschreckt, fliegen die Kraniche davon und suchen ihren Schlafplatz teilweise erst Stunden später auf oder fliegen gleich Richtung Süden. Die Zahl der rastsuchenden Kraniche ist dementsprechend zurückgegangen.

### EU-Umweltkommissar Dimas antwortet DNR-Präsident Weinzierl

In einem Brief vom Januar hatte DNR-Präsident Hubert Weinzierl EU-Kommissar Stavros Dimas um Unterstützung gebeten. Mit dem EU-Beitritt im letzten Jahr hat sich Polen dazu verpflichtet, die europäischen Naturschutzbestimmungen und -gesetze einzuhalten. Umweltkommissar Stavros Dimas kündigte nun in einem Antwortbrief eine Untersuchung zusammen mit den polnischen Behörden an. (db) ■

### • Weitere Informationen

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

## Öffentliche Debatte über den Waldzustand

### Schaffung anpassungsfähiger und stabiler Waldökosysteme

"Naturferne" Forste sollen in "naturnahe" Wälder umgewandelt werden. Darauf haben sich Experten aus Verwaltung, Parteien und Nichtregierungsorganisationen geeinigt, die im März bei einer öffentlichen Debatte über den Waldzustand im Verbraucherschutzausschuss des Bundestages zusammen gekommen waren. Eine natürliche Waldlandschaft besteht nach Ansicht von Hermann Graf Hatzfeldt, Vorstandsvorsitzender der FSC<sup>10</sup>-Arbeitsgruppe Deutschland, zu 92 Prozent aus mehrschichtigen Buchen- oder Eichenwäldern. In Deutschland bestünden jedoch 62 Prozent der Forste aus Nadelwäldern. Buchen- oder Eichenwälder machten dagegen nur 24 Prozent der gesamten Waldfläche aus.

Eine Einigung darüber, wie schnell die Umwandlung von Nadel- in Laubwälder vor sich gehen sollte, gab es nicht. Der Vorschlag der FDP-Fraktion, den Waldzustand in Zukunft anhand einer Analyse der Böden zu messen, wurde von den meisten abgelehnt. Uneinig waren sich die Experten auch bei der Frage nach der Einsatzmenge von Kompensationskalkulationen. FSC-Chef Hatzfeldt betonte, dass eine ökologische Waldwirtschaft könne nur mit einer Novellierung von Bundeswald- und Bundesjagdgesetz einher gehen könne. Ferner wurde der Stellenabbau in den Förstereien kritisiert. Trotzdem erwarteten die Länder mehr Fachkompetenz von den Förstern, so Elmar Kilz, Forstamtsleiter in Berlin-Grünwald. (db) ■

### • Weitere Informationen

FSC-Arbeitsgruppe Deutschland, Gunt-ramstraße 48, 79106 Freiburg  
Tel. 0761 / 38653-50, Fax -79  
eMail: [info@fsc-deutschland.de](mailto:info@fsc-deutschland.de)  
[www.fsc-deutschland.de](http://www.fsc-deutschland.de)

## Schmetterlinge stark gefährdet

### Projekt "Abenteuer Schmetterling" gestartet

Gemeinsam mit dem ZDF und dem Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ) hat der BUND das Projekt "Abenteuer Schmetterling" ins Leben gerufen. Zu den Projektideen gehört neben einem Beitrag in der ZDF-Sendung "Abenteuer Wissen" auch ein Wettbewerb, bei dem sich die Teilnehmer/innen mit ihren Ideen für den Erhalt von Schmetterlingen einsetzen sollen. Zusätzlich ist die Bevölkerung am so genannten "Falter-Tag" aufgerufen, Schmetterlinge zu beobachten und ihre Erkenntnisse dem BUND mitzuteilen. Beim "Tagfalter-Monitoring" sammeln Fachleute und Interessierte über mehrere Jahre Schmetterlingsdaten, die zu einem besseren Schutz beitragen sollen.

### Vier von fünf Arten stehen auf der Roten Liste

Umweltgifte, die Zerstörung von Lebensräumen und der Klimawandel führen dazu, dass Schmetterlinge immer mehr aus Gärten und Landschaft verschwinden. Zusätzlich geht ihr natürlicher Lebensraum durch die zunehmende Zerschneidung der Landschaft durch Straßen und den anhaltenden Flächenverbrauch immer mehr zurück. Tatsächlich sind bereits achtzig Prozent in ihrem Bestand gefährdet. Nach Meinung des BUND könnten Schmetterlinge und andere bedrohte Insektenarten nur durch eine wachsende ökologische Landwirtschaft vom Aussterben bewahrt werden. Das Versprechen von Bundeskanzler Gerhard Schröder, die "Agrar-Wende" voranzubringen und damit für eine umwelt- und verbraucherfreundlichere Landwirtschaft zu sorgen, sei nicht eingehalten worden. (db) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Abenteuer Schmetterling, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: [schmetterling@bund.net](mailto:schmetterling@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)  
[www.abenteuer-schmetterling.de](http://www.abenteuer-schmetterling.de)

4 Der FSC (Forest Stewardship Council) stellt weltweit Zertifikate für umweltgerechte Holzwirtschaft aus.

## Tierschutzbericht 2005

### Tierschutzbund lobt Engagement der Bundesregierung

Verbraucherschutzministerin Renate Künast hat im April den Tierschutzbericht 2005 vorgestellt. Nach Meinung des Deutschen Tierschutzbundes "hat sich die rot-grüne Bundesregierung engagiert für den Tierschutz eingesetzt". Dennoch gebe es weiterhin viel zu tun. Die Käfighaltung bei Legehennen werde zwar 2007 abgeschafft, doch eine Lösung für die 40 Mio. Schweine in Deutschland gebe es bisher noch nicht. Kritisch betrachtet der Tierschutzbund auch die Millionen von in Drahtgitterkäfigen gehaltenen Mastkaninchen oder das Zerschreddern von Hähnchenküken, die für die Legehennenhaltung nicht zu nutzen sind. In diesen Fällen liege eine deutliche Missachtung des Tierschutzgesetzes vor.

### Zu viele Versuchstiere, zu wenig Alternativmethoden

Mehr als zwei Millionen Versuchstiere allein in Deutschland und fast elf Millionen auf EU-Ebene seien immer noch zu viel. Der Tierschutzbund fordert deshalb eine stärkere Förderung alternativer Methoden. Hans Michael Goldmann, Tierschutzexperte der FDP-Bundestagsfraktion nannte den Bericht ein "Dokument des Scheiterns". Seit dem Amtsantritt von Renate Künast habe die Zahl der Versuchstiere offenbar zugenommen. Alternativmethoden wie Zellkulturen oder Computermodelle werden auch aus seiner Sicht zu wenig genutzt und entwickelt. Außerdem sei mit Einführung des neuen EU-Chemikalienrechts REACH europaweit nochmals mit einer Steigerung von Tierversuchen zu rechnen. (db) ■

#### • Weitere Informationen

Deutscher Tierschutzbund, Baumschulallee 15, 53115 Bonn  
Tel. 0228 / 60496-0, Fax -41  
eMail: über  
[www.tierschutzbund.de/kontakt.html](http://www.tierschutzbund.de/kontakt.html)  
[www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

## Naturschutzwettbewerb "muna 2005"

### DBU und ZDF zeichnen vorbildliches ehrenamtliches Engagement aus

Zum fünften Mal veranstalten ZDF.umwelt und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) im Sommer den Naturschutzwettbewerb "muna - Mensch und Natur". Dies teilte der Umweltinformationsdienst Vista verde mit. Der Preis zeichnet Personen und Initiativen aus, die sich ehrenamtlich für Projekte zur Erhaltung und Förderung der Natur engagieren, und Menschen, die sich in besonderer Weise für die Kommunikation von Naturschutzthemen einsetzen. Fünf Preisträger/innen wird es bei der muna 2005 geben, von denen jeder mit 5000 Euro belohnt wird.

### Bewerbungsfrist 18. Juli

Die Sendung ZDF.umwelt wird in den nächsten Wochen interessante Bewerber und ihre Projekte vorstellen, um Lust zu machen, sich am Wettbewerb zu beteiligen. Einsendeschluss ist der 18. Juli. Eine Jury aus Vertretern großer Naturschutzverbände und weiteren Experten wird die Preisträger auswählen. Die Gewinner und ihre Projekte werden in ZDF.umwelt am 18. und 25. September vorgestellt.

### Vielseitige Preisträger

In den vergangenen Jahren haben sich fast 1.000 Personen und Initiativen mit beispielhaften und originellen Ideen an den Wettbewerben beteiligt, so die DBU. Ausgezeichnet wurden bisher unter anderem die Bürgerinitiative Pro Elbe aus Magdeburg, die sich für einen ökologisch und ökonomisch sinnvollen Umgang mit der Elbe einsetzt, ein internetbasiertes Vogel-Erfassungsprogramm sowie ein ökologischer Kleingartenverein aus Bochum, der Kinder und Jugendliche in seine Arbeit integriert. Ein Fledermausschützer aus Bernstadt und der Verein Lacoma aus Cottbus, der für den Erhalt einer europaweit bedeutenden Teichlandschaft in einem Braunkohleabbaugebiet kämpft, gehören ebenfalls zu den bisherigen Preisträgern. (mb) ■

#### • Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), An der Bornau 2, 49090 Osnaabrück  
Tel. 0541 / 9633-0, Fax -190  
eMail: [info@dbu.de](mailto:info@dbu.de)  
[www.dbu.de/muna](http://www.dbu.de/muna)

## Lesenswert

### Auswirkungen der FFH-Richtlinie auf den Abbau von Bodenschätzen

Bergbau und Naturschutz beanspruchen nicht selten dieselbe Fläche. Häufig sind davon Bereiche betroffen, die zum EU-Schutzgebietssystem "Natura 2000" gehören. Dessen Errichtung sieht die FFH-Richtlinie vor. Das Verfahren über die Zulassung von Rohstoffgewinnungsbetrieben nach dem Bundesberggesetz (BBergG) ist in mehrere Stufen gegliedert. Die Untersuchung zeigt, wo die FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Sie beleuchtet weiter die grundrechtlichen Auswirkungen der Maßnahmen zur Errichtung von "Natura 2000" auf Bergbauberechtigungen. Maßstäbe bilden die Grundrechte des europäischen Gemeinschaftsrechts, des Grundgesetzes sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention, insbesondere das Eigentumsrecht. (db)

Grit Ludwig: Auswirkungen der FFH-Richtlinie auf Vorhaben zum Abbau von Bodenschätzen nach dem BBergG; Bezug: Grüne Liga Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau c/o Ulrich Wieland, Prof.-Virchow-Str. 8, 08280 Aue, Tel. 0371 / 832173, eMail: [gesteinsabbau@grueneliga.de](mailto:gesteinsabbau@grueneliga.de), [www.grueneliga.de/gesteinsabbau](http://www.grueneliga.de/gesteinsabbau)

### Überraschendes zur Artenvielfalt

Die Intensivlandwirtschaft ist eine viel größere Bedrohung für die Artenvielfalt als gebietsfremde Arten - so eine Grundthese dieses Buches. Durch Überdüngung komme es zum Beispiel zur Verschiebung der Flora: Pflanzen, die an nährstoffarme Böden gewöhnt sind, werden von Pflanzen, die viele Nährstoffe brauchen, verdrängt. Der Autor geht weiter auf die Zerstörung von Kleinbiotopen ein, auch die Aufforstung von Wäldern wird kritisiert. Während Naturschützer gegen Kahlschläge seien, böten Lichtungen ideale Bedingungen für seltene Vogelarten. Auch der Autoverkehr trage weniger zum Artensterben bei als etwa die Jagd. Die Ziele der Naturschutzverbände seien richtig, so der Autor, die Methoden jedoch unpassend. Fehlendes Umweltbewusstsein könne nicht behoben werden, indem der Zugang zur Natur beschränkt werde. (db)

Josef H. Reichholf: Die Zukunft der Arten - Neue ökologische Überraschungen, Verlag C.H. Beck, München 2005, 237 S., 19,90 Euro, ISBN 3406527868  
■

### Bahn will mit "Umwelt-BahnCard" Kunden gewinnen

#### Nutzung kommt Umweltprojekten von BUND, NABU und WWF zu Gute

Die Deutsche Bahn versucht durch eine Zusammenarbeit mit Umweltverbänden neue Kunden zu gewinnen. Im Angebot ist nun eine neue "Umwelt-BahnCard", durch deren Nutzung Kunden automatisch für Umweltprojekte spenden. Die Umwelt-Karte können nicht nur die rund eine Million Mitglieder und Förderer von BUND, NABU und WWF, sondern alle Bahn-Kund/innen erwerben. Von jedem Euro Umsatz führt der Konzern einen Cent an die teilnehmenden drei Umweltorganisationen ab. Das Angebot gilt zunächst für eine Testphase bis Ende September.

#### Reisen mit der Bahn für Klimaschutz und Artenvielfalt

Schon jetzt sind nach Konzernangaben Mitglieder von Umweltverbänden überdurchschnittlich häufig Kunden der Bahn. Nach Umfragen könne eine Karte mit Spendenfunktion für die Umwelt aber noch mehr Reisende zum Umstieg auf die Schiene bewegen. Im Fernverkehr werde für eine Bahnreise im Vergleich zum Pkw nur ein Viertel der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen in die Atmosphäre abgegeben, betonte das Unternehmen. Im Vergleich zum Luftverkehr liege der Bahn-Wert sogar nur bei einem Fünftel.

Der BUND wird das Geld aus der Aktion für das Schwerpunktprojekt "Nachhaltige Mobilität und Klimaschutz" einsetzen. Der NABU kündigte an, mit den eingehenden Beträgen die Tier- und Pflanzenwelt an der Unteren Havel wieder zu beleben. Der WWF plant, die Spenden in den Schutz der Zugvogel-Biotope im Wattenmeer zu investieren. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

BUND-Reisen, Bahnhof Lauf, Eckerstraße 2, 91297 Lauf a. d. Pegnitz  
Tel. 09123 99957-10, Fax -99  
eMail: info@bund-reisen.de  
www.bund-reisen.de

Naturschutzbund (NABU), Invalidenstr. 112, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 284984-0, Fax -84  
eMail: bgs.berlin@nabu.de  
www.bahn.de/nabu

### Diskussion um Abgabe auf Flugtickets

#### Ticketabgabe soll nach dem Willen der EU in Entwicklungshilfe fließen

Die deutschen Reiseveranstalter und Fluggesellschaften haben eine Abgabe auf Flugtickets zugunsten der Entwicklungshilfe abgelehnt. Branchenvertreter warfen der EU vor, wahllos Flugreisende mit der Finanzierung einer Gemeinschaftsaufgabe zu belasten. Die EU verwarf im Mai ursprüngliche Pläne für eine Kerosinsteuer und steuert nun eine Abgabe auf Flugtickets an. Ob diese erhoben wird, soll allerdings jedes EU-Land allein entscheiden.

Die Einnahmen aus einer Ticketabgabe zwischen einem und zehn Euro sollen der Entwicklungshilfe zu Gute kommen. Die EU sucht nach Wegen, zusätzliche Einnahmen für höhere Entwicklungshilfeausgaben zu gewinnen. Ziel ist es, bis 2015 insgesamt 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe auszugeben. Deutschland und andere EU-Staaten machen dies jedoch von einer Gegenfinanzierung abhängig.

#### VCD fordert Ende aller Subventionen für den Flugverkehr

Der VCD warnt seit langem vor massiven Klima- und Umweltbelastungen durch den wachsenden Flugverkehr und fordert ein Ende der Subventionen für das Fliegen. Die Bundesregierung ließ bisher offen, ob sie die Ticketabgabe einführen wird. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Luftverkehrsexperte Helmar Pless, Eifelstr. 2, 53110 Bonn  
Tel. 0228 / 98585-20, Fax -10  
eMail: helmar.pless@vcd.org  
www.vcd.org

### Kurzmeldungen

#### Dieselfilter-Förderung wieder offen

Mitte Mai hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung sauberer Dieselaautos verabschiedet. Danach soll die Umrüstung von Altfahrzeugen mit 250 Euro unterstützt werden, für Neuwagen ist keine Förderung vorgesehen. Die unionsregierten Länder hatten zuvor signalisiert, dass sie einer solchen Regelung nicht zustimmen werden. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisierte den Kabinettsbeschluss und forderte ein "echtes Beschleunigungsgesetz für saubere Luft". Der Verband befürchtet eine neue Runde im "Schwarzer-Peter-Spiel auf Kosten der Gesundheit". (mbu)

DUH, Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77,  
www.duh.de

#### Städte wollen Maut ausweiten

Mit einer raschen Ausweitung der Lkw-Maut will der Deutsche Städtetag den zunehmenden Lastverkehr auf Bundesstraßen eindämmen. Ein Sprecher sagte Ende April, die Bundesregierung solle den Wegezoll zumindest auf besonders belasteten Ausweichstrecken erheben. Langfristig sei eine Lkw-Maut für alle Straßenkategorien nötig. Zahlreiche Kommunen klagen seit Einführung der Gebühr zu Jahresbeginn über eine Zunahme von Lärm, Staub und Erschütterungen auf ihren Durchgangsstraßen. Der Präsident des Umweltbundesamtes Andreas Troge sprach sich unterdessen für eine Verdopplung der Lkw-Maut in den nächsten zehn Jahren aus. (mbu)

Deutscher Städtetag, Tel. 0221 / 3771-0,  
www.staedtetag.de

#### Fluglärmsgesetz noch vor Neuwahlen gefordert

Der VCD hat an die Bundestagsfraktionen appelliert, das neue Fluglärmsgesetz noch vor möglichen Neuwahlen im September zu verabschieden. Der Gesetzentwurf sei zwar unzureichend, enthalte aber positive Aspekte, die die Situation der Betroffenen verbesserten. Rot-Grün habe seit sieben Jahren an dem Gesetz gearbeitet, sagte der VCD-Bundesvorsitzende Michael Gehrmann. Hunderttausende Flughafenanwohner warteten dringend auf eine Verbesserung des Lärmschutzes. (mbu)

VCD, Tel. 0228 / 98585-20, www.vcd.org  
■

## Scharfe Kritik an geplantem Donau-Ausbau

### Neue Staustufen verstoßen gegen EU-Recht und Landesgesetze

Obwohl der Bundestag im Juni 2002 beschlossen hat, keine neuen Staustufen in der Donau zwischen Straubing und Vilshofen zuzulassen, hat die bayerische Landesregierung im Februar ein Raumordnungsverfahren eingeleitet, das eine Vollkanalisierung und drei neue Staustufen in diesem Abschnitt vorsieht. Da dieser Donau-Abschnitt sogar als Natura-2000-Gebiet ausgewiesen ist, würde dieses Vorhaben auch gegen EU-Recht verstoßen.

### Scharfer Protest von DNR und Bund Naturschutz

Für DNR-Präsident Hubert Weinzierl würde eine solche Kanalisierung den "Todesstoß der Strömenden Donau" bedeuten. Der Bau von Staustufen verstoße außerdem gegen die Naturschutzgesetze des Bundes und Bayerns, die FFH-Richtlinie und die Wasserrahmenrichtlinie. Auch Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern, sieht in den geplanten Staustufen einen Skandal. Die Begründung Bayerns, damit gleichwertige Schifffahrtsverhältnisse von Rotterdam bis zum Schwarzen Meer zu gewährleisten, sei offensichtlich vorgeschoben. Über das Mittelmeer könne diese Strecke in einem Drittel der Zeit und zu einem Zehntel der Kosten zurückgelegt werden. Nach Ansicht von Weinzierl und Weiger ist mit einer Kanalisierung der Donau auch der Hochwasserschutz gefährdet. Die noch lebendigen Auen stellten einen natürlichen Schutz dar. Der DNR und der Bund Naturschutz wollen sich notfalls auch vor Gericht für die frei fließende Donau einsetzen. (db) ■

#### • Weitere Informationen

DNR-Präsident Hubert Weinzierl,  
94344 Wiesenfelden  
Tel. 0966-777, Fax -490  
eMail:  
h.weinzierl@bund.naturschutz.de

Bund Naturschutz in Bayern, Vorsitzender Hubert Weiger, Bauernfeindstraße 23, 90471 Nürnberg  
Tel. 0911-8187810, Fax -869568  
eMail:  
hubert.weiger@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

## Protest gegen Elbe-Bauarbeiten

### Scharfe Kritik an Damm-Erneuerung und Baggerarbeiten an Ufern

Der BUND hat aktuelle Bauarbeiten in der Elbe scharf kritisiert und die Regierung aufgefordert die Baumaßnahmen zu beenden. Die Erneuerung von künstlichen Dämmen und die Baggerarbeiten an den Ufern verstießen gegen EU-Recht. Die EU-Kommission habe 2002 ein so genanntes Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet und erwarte nun eine neue Stellungnahme. Das Bundesverkehrsministerium teilte jedoch mit, eine Überprüfung auf Umweltverträglichkeit werde es dennoch nicht geben, da die Arbeiten mit den für Naturschutz zuständigen Behörden abgestimmt und für die Schifffahrt dringend notwendig seien. (db) ■

#### • Weitere Informationen

BUND-Elbebüro, Ernst-Paul Dörfler,  
Badetzer Str. 10, 39264 Steckby  
Tel. 039244 / 290  
eMail: epd@gmx.de  
www.bund.net

Wasser und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, PF 20 01 00, 53170 Bonn  
www.wsv.de

## Termine

### Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

### Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

### Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de) an.

### Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf [www.dnr.de/termin-links](http://www.dnr.de/termin-links) zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

### Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)

## Juni

### 17.-19.6., Schwarzwald Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer  
Tel. 07764 / 933999  
[meyer@gemeinschaften.de](mailto:meyer@gemeinschaften.de)  
[www.gemeinschaften.de](http://www.gemeinschaften.de)

### 17.-19.6., Stuttgart Genjäger, Biopiraten und der Widerstand gegen die Kommerzialisierung der Natur

Seminar; Bundeskoordination Internationales (BUKO), Hamburg  
Tel. 040 / 392526  
[info@biopiraterie.de](mailto:info@biopiraterie.de)  
[www.biopiraterie.de](http://www.biopiraterie.de)

### 18./19.6., Hamburg Autofrei Wohnen

autofrei leben! e. V., Udo Schuldt  
Tel. 040 / 69640442  
[autofrei\\_leben@gmx.de](mailto:autofrei_leben@gmx.de)  
[www.autofrei.de](http://www.autofrei.de)

### 19.6., bundesweit Mobil ohne Auto (MoA)

UMKEHR e. V.  
Tel. 030 / 49274-73, Fax -72  
[info@umkehr.de](mailto:info@umkehr.de)  
[www.mobilohneauto.de](http://www.mobilohneauto.de)

20./21.6., Bonn-Königswinter  
**Weltmarkt für Bioenergie zwischen Klimaschutz und Entwicklungspolitik - eine NGO-Standpunktbestimmung**  
Tagung; Forum Umwelt & Entwicklung, Gerald Knauf, Bonn  
Tel. 0228-359704, Fax -92399356  
[info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)  
[www.ee-netz.de](http://www.ee-netz.de)

21.6., bundesweit  
**Autofreier Hochschultag**  
Aktionstag; Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSÖ), Berlin  
Tel. 030 / 20931-749, Fax -649  
[geschaeftsstelle@bsoe.info](mailto:geschaeftsstelle@bsoe.info)  
[www.mobilohneauto.de](http://www.mobilohneauto.de)

24./25.6., Wiesenfelden (Niederbayern)  
**Einheimische Fische im Wasser, in der Literatur und im Kochtopf**  
Seminar; Bund Naturschutz Bildungswerk  
Tel. 09966-1270, Fax -9020059  
[bw@bund-naturschutz.de](mailto:bw@bund-naturschutz.de)  
[www.bn-bildungswerk.de](http://www.bn-bildungswerk.de)

27.-29.6., Iserlohn  
**Wer braucht die Grüne Gentechnik? - Globale Auseinandersetzungen über die Zukunft der Welternährung**  
Tagung; Institut für Kirche und Gesellschaft, Margrit Püster  
Tel. 02371 / 3521-87, Fax -69  
[m.puester@kircheundgesellschaft.de](mailto:m.puester@kircheundgesellschaft.de)  
[www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen/f\\_ai\\_3.htm](http://www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen/f_ai_3.htm)

## Juli

6.7., Kassel-Wilhelmshöhe  
**Umwelt- und Naturverträgliche Nutzung Windenergie an Land**  
Seminar; DNR  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
[info@dnr.de](mailto:info@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

7.-10.7., Bollmannsruh (Brandenburg)  
**Psychologie und Umweltschutz in Praxisprojekten - Austausch mit Studierenden aus den neuen EU-Ländern**  
Kongress; Initiative Psychologie im Umweltschutz, Kristin Reißig  
[kongress@ipu-ev.de](mailto:kongress@ipu-ev.de)  
[www.ipu-ev.de](http://www.ipu-ev.de)

17.7., Otterndorf/Grünstrand  
**2. Internationaler Elbe-Badetag**  
Deutsche Umwelthilfe (DUH), Ines Wittig, Projektbüro Köthen (Sachsen-Anhalt)  
Tel. 03496 / 21000-9, Fax -8  
[lebendigeelbe@duh.de](mailto:lebendigeelbe@duh.de)  
[www.elbebadetag.de](http://www.elbebadetag.de)

21.-24.7., Erfurt  
**1. Sozialforum in Deutschland**  
Workshops, Seminare; Initiative für ein Sozialforum in Deutschland c/o Friedens- und Zukunftswerkstatt., Hugo Braun, Frankfurt/Main  
Tel. 069 / 2424995-0, Fax -1  
[info@sozialforum2005.de](mailto:info@sozialforum2005.de)  
[www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de)

23.-31.7., Barby (Sachsen-Anhalt)  
**Internationales Elbe-Saale-Camp**  
Maria Nitschke, Ökozentrum und -institut Magdeburg (ÖZIM)  
Tel. 0391 / 73-627981, Fax -15982  
[camp2005@elbe-saale-buendnis.net](mailto:camp2005@elbe-saale-buendnis.net)  
[www.netzwerk-flusslandschaften.de](http://www.netzwerk-flusslandschaften.de)

31.7., bundesweit  
**La lutte contre les OGM - Freiwillige Feldbefreiung**  
Aktion gegen Agro-Gentechnik; Jürgen Binder, Rottenburg  
Tel. 07472 / 442370  
[www.gendreck-weg.de](http://www.gendreck-weg.de)

## August

7.-13.8., bei Mainz  
**12. Ökodorf-Festival**  
Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer  
Tel. 07764 / 933999  
[meyer@gemeinschaften.de](mailto:meyer@gemeinschaften.de)  
[www.gemeinschaften.de](http://www.gemeinschaften.de)

9.-14.8., Göttingen  
**Attac-Sommerakademie**  
Karin Walther, Verden/Aller  
Tel. 04231 / 957-517, Fax -400  
eMail: [karin.walther@attac.de](mailto:karin.walther@attac.de)  
[www.attac.de/sommerakademie2005](http://www.attac.de/sommerakademie2005)

**September**

20.-22.9., Dresden  
**Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Produktion in der erweiterten EU**  
 IVU-Kongress; Ecologic - Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik, Carolin Wolf  
 Tel. 030 / 86880-0, Fax -200  
 ippc@ecologic-events.de  
 www.ecologic-events.de/ippc/de/index.htm

21./22.9., Hamm/Westfalen  
**Nachhaltige Sportstättenentwicklung - Sanierung/Modernisierung, Finanzierung und Management von Sporthallen unter Umweltgesichtspunkten**  
 Tagung; Westfälischer Turnerbund (WTB), Umweltausschuss  
 Tel. 02388 / 30000-0, Fax -99  
 wtbt@wtb.de  
 www.wtb.de

21.-23.9., Dresden  
**Städtische Fluss-Sanierung - Methoden, Verfahren, Erfahrungen**  
 Int. Konferenz; TU Dresden, Ines Gersdorf, Institut für Landschaftsarchitektur  
 Tel. 0351 / 4633-3453, Fax -7081  
 urbem@mailbox.tu-dresden.de  
 www.tu-dresden.de/  
 urban-rivers-conference

22.-25.9., Augsburg  
**Renexpo 2005 - Messe für Erneuerbare Energien**  
 erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner  
 Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
 redaktion@energie-server.de  
 www.renexpo.de

23.-25.9., Schwarzwald  
**Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften**  
 Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer  
 Tel. 07764 / 933999  
 meyer@gemeinschaften.de  
 www.gemeinschaften.de

**Oktober**

2.10., bundesweit  
**Tag der Regionen**  
 Aktionsbündnis "Tag der Regionen", Koordinationsbüro Süd: Museumstr. 1, 91555 Feuchtwangen  
 Tel. 09852-1381, Fax -615291  
 bund-sued@tag-der-regionen.de  
 Koordinationsbüro Nord: Zur Specke 4, 34434 Borgentreich  
 Tel. 05643 / 94-8537, Fax -8803  
 bund-nord@tag-der-regionen.de  
 www.tag-der-regionen.de

21.-23.10., Wetzlar (Hessen)  
**EnergieTage Hessen 2005 und Passivhaus Hessen 2005**  
 erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner  
 Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
 redaktion@energie-server.de  
 www.energetage.com

21.-24.10., Augsburg  
**IHE Holzenergie 2005**  
 erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner  
 Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
 redaktion@energie-server.de  
 www.holz-energie.de

28.-30.10., Hannover  
**Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften**  
 Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer  
 Tel. 07764 / 933999  
 meyer@gemeinschaften.de  
 www.gemeinschaften.de

28./29.10., Hamburg  
**Klima oder Entwicklung?**  
 Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Heike Kern  
 Tel. 040 / 428343-37, Fax -67  
 kern@hwwa.de  
 www.hwwa.de

**November**

18.-20.11., Berlin  
**Moderner Lehm 2005**  
 Internationale Fachtagung und Messe; Umwelt- und Unternehmensberatung GmbH (Umbra), Peter Steingass  
 Tel. 030 / 6162554-8, Fax -9  
 info@lehmbauforum.com  
 www.lehmbauforum.com

18.11.-20.11., Göttingen  
**Ein Netzwerk für botanischen Naturschutz - neue Herausforderungen für die Botaniker/innen Deutschlands**  
 AG Geobotanik Mecklenburg-Vorpommern, Christian Berg  
 Tel. 0381 / 4904111  
 cberg@t-online.de  
 www.geobotanikm-v.de

**2006**

10.-12.3., Böblingen  
**erneuerbare energien 2006**  
 Messe, Kongress, Veranstaltungen; erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner  
 Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
 redaktion@energie-server.de  
 www.erneuerbareenergien.com

30.5.-2.6., Bonn  
**28. Deutscher Naturschutztag (DNT): Vom lokalen Handeln und globaler Verantwortung - 100 Jahre staatlicher Naturschutz**  
 Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Land Nordrhein-Westfalen  
 DNR, stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich  
 Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
 helga.inden-heinrich@dnr.de  
 www.bbn-online.de?id=43  
 www.dnr.de  
 (db) ■

## Regelmäßige Umweltsendungen

### Feste Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rück-schauen, Sende-Manuskripte und Zusatz-informationen im Internet an.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet: [www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo) ("TV + Radio")

## TV-Vorschau

### "Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm"

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsanga-be in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: [www.bio.de/kanal.php](http://www.bio.de/kanal.php)

### Vier-Wochen-Vorschau Natur

[www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur](http://www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur)  
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: [www.prisma-online.de/tv/suche.html](http://www.prisma-online.de/tv/suche.html)

## Fernsehsendungen

### Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme  
[www.terra-nova.tv](http://www.terra-nova.tv)

### ZDF.umwelt

So 13.15-13.45, ZDF  
[www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html)

### Ozon

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)  
[www.rbb-online.de/ozon](http://www.rbb-online.de/ozon)

### Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland)

### Unkraut

Umweltsendung für junge Leute Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 2.00 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut)

### service:natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk  
[www.hr-online.de/servicenatur](http://www.hr-online.de/servicenatur)

### Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)  
[www.sfdrs.ch](http://www.sfdrs.ch)

### Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder Sa, 10.55-11.20, ZDF  
So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKa)  
[www tivi.de/loewenzahn](http://www tivi.de/loewenzahn)

## Rundfunksendungen

### Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk  
[www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt) ("Archiv")

### Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio  
[www.dradio.de/dlr/sendungen](http://www.dradio.de/dlr/sendungen)

### Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwest-rundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio  
[www.swr.de/contra](http://www.swr.de/contra)

### Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/programm.html](http://www.rdl.de/programm.html)

### Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/programm.html](http://www.rdl.de/programm.html)

### Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)  
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

### Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)  
[www.greenpeace-radio-stuttgart.de](http://www.greenpeace-radio-stuttgart.de)

### Graslöwen Radio

So 13.00-14.00 u. Mi 15.00-16.00, Radijoj!, Berlin 104,1 Berlin/Brandenburg/Sachsen: Digitalradio DAB ([www.digitalradio-bb.de](http://www.digitalradio-bb.de)) Internet (mit FlashPlugin 6): [www.radijoyo.de/projekte.html](http://www.radijoyo.de/projekte.html)  
[www.grasloewe.de](http://www.grasloewe.de) (mb, db) ■

## Umweltinformation und fachlicher Austausch für alle

### Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden rund 250.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal "Umweltschutz" mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

[www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe](http://www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe)  
[www.wikipedia.de/wiki/Portal\\_Umwelt](http://www.wikipedia.de/wiki/Portal_Umwelt)

### Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu "grüner Beschaffung" oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)

### "Grünes Forum": Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundes-ländern.

[www.gruenes-forum.net](http://www.gruenes-forum.net) (mb) ■

## Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik findet zu einem großen und wachsenden Anteil in Brüssel statt. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

### Editorial

- EU-Verfassung: Nur ein PR-Problem?

### Global

- Nachhaltige Entwicklung: Enttäuschende CSD-Sitzung
- CSD-Arbeitsprogramm 2004-2017

### EU-Politik, Recht

- Dimas: Umweltpolitik gut für Industrie
- Nationale Wirtschafts-Reformpläne
- EU-Leitprinzipien zur Nachhaltigkeit
- Wallström: EU hat ein PR-Problem
- EU-Gerichtshof für nationale Vorreiter
- Öffentlich-private Partnerschaften
- Newsticker: Lobbyismus, Großbritannien, Stromkonzerne

### Abfall, Produktpolitik

- Giftmüll: Griechenland verurteilt
- Alle Zeichen auf Müllverbrennung
- Einhüllentanker-Abwrackung "light"
- Erste Produkt-Ökobilanzen fertig
- Diskussion über Bio- und Nanotech

### Agrarpolitik, Gentechnik

- Politische Folgen des Bt10-Skandals
- Weltweites Gentechnik-Label scheitert
- EU gegen gentechnikfreie Zonen
- Saatgut-Richtlinie: Kritik am Entwurf
- Schweiz bald gentechnikfrei?
- Agro- Gentechnik keine Jobmaschine
- Newsticker: Insekten-Resistenz, Kritiker-Behinderung

### Chemikalien, Emissionen

- Chemikalienreform REACH bezahlbar
- Quecksilber-Exportstopp gefordert
- Ausnahme für Deca-BDE
- Dauergifte: POP-Konventionstreffen
- Luft: Neue Grenzwerte ab 2020?
- Luft: Göteborg-Protokolle in Kraft
- Bündnis gegen Lichtverschmutzung
- Newsticker: Industrie-Emissionen, Bluttests, Phthalate

### Energie, Klima

- Kioto-Protokoll: Umsetzung stockt
- Neuer Energiekommissar: Eckpunkte
- Ticketabgabe für Entwicklungshilfe?
- Öleinsparung: IEA-Vorschläge
- Litauen: Ölförderung im Nationalpark
- Newsticker: Handelssanktionen, Biomasse-Aktionsplan, UN-Umweltprogramm

### Naturschutz, Artenschutz

- Natura 2000: Chancen in Osteuropa sollen nicht am Geld scheitern
- Natur-Ökosystemleistungen bewertet
- Newsticker: Umwelt-Finanzierung, Bodenatlas, Biodiversität

### Verkehr, Tourismus

- Wegekostenrichtlinie im Ministerrat
- Kombiverkehr: Geld auch für KMU
- Autohersteller verfehlen CO<sub>2</sub>-Ziel
- Bankenpolitik: Mehr Verkehr im Osten
- Newsticker: City-Maut, Bahn im Osten, Sicherheit, Autolobby, Luftfahrtgipfel

### Wasser, Meere

- Grundwasserrichtlinie verwässert
- Badegewässer-Richtlinie: 2. Lesung
- Mehrheit der Flüsse ist verbaut
- Newsticker: Hungerbekämpfung, Bioinvasoren, Bürgerbeteiligung, Flussbadetag, Baia-Mare-Goldmine

### Service

- Veröffentlichungen: Erneuerbare Energien, Agrar-Ressourcen, Worldwatch-Bericht
- EU-Umwelt-Termine
- UN-Wegweiser, EU-Wegweiser

### Sonderteile

- EUR-Sonderheft: Umweltverbände in Brüssel
- Beilage: WRRL-Info 10, Informationen zur EU-Wasserrahmenrichtlinie

## Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.03" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2003 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.03". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: [www.dnr.de/drj](http://www.dnr.de/drj) ("Bisherige Ausgaben").

## Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe "Weitere Informationen" unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbändedienst [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de).

## Deutschland-Rundbrief im Internet

### [www.dnr.de/drj](http://www.dnr.de/drj)

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

## Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

## Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

### EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Süd-politischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# DRB-Abo

## Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzing

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

### als Privatperson

- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
- 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

### für eine Organisation

- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
- 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

### als Förderabonnement

- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**  
Kontonummer:

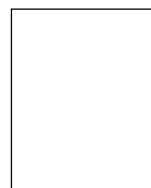
### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

Geldinstitut:  
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

# DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion Deutschland-Rundbrief  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin